

# Resolution

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Landesvorstand, Landesvorstand,  
Landesvorstand

**Gegenstand:** **Gesicht zeigen gegen rechten Terror und  
Menschen gegen rechts verteidigen!**

## 1 Antragstext

2 Seit Wochen erleben wir eine beispielhafte Willkommenskultur. Zahlreiche  
3 Menschen bekunden ihre Solidarität für Menschen in Not und engagieren sich auf  
4 vielerlei Weise.

5 Auf der anderen Seite nehmen Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete sowie gegen  
6 HelferInnen und PolitikerInnen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, signifikant  
7 zu. Es mehren sich die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, egal ob bewohnt oder  
8 unbewohnt, und es wächst die Gefahr, dass Menschen zu Schaden kommen.

9 Mit Sorge und Abscheu erleben wir, wie eine fremdenfeindliche Stimmungsmache  
10 sich ausbreitet, für die NPD, Pegida, AFD und Co. den Boden bereitet haben. Es  
11 mehren sich die Angriffe und es wächst die Gefahr, dass Menschen zu Schaden  
12 kommen. UnterstützerInnen erhalten Hassmails oder müssen erleben, dass ihre  
13 Autos angezündet werden, Flüchtlingsunterkünfte, egal ob bewohnt oder unbewohnt,  
14 werden angesteckt und es kommt erschreckenderweise immer häufiger zu tätlichen  
15 Übergriffen auf Personen.

16 Wir sehen uns konfrontiert mit Hass und rechtem Terror, der gezielt Anschläge  
17 verübt und mit einer wachsenden Menge von Bürgern, die unter dem Vorwand, Sorgen  
18 zu haben, die Gewalt gegen Geflüchtete salonfähig macht.

19 In dieser Situation fordern wir Bündnisgrüne

- 20 • Jede Straftat, die aus rassistischen, fremdenfeindlichen Gründen  
21 motiviert ist, muss konsequent verfolgt und hart bestraft werden.  
22 Deswegen soll die polizeiliche Bearbeitung derartiger Fälle auf  
23 Dienststellen der standardisierten Bearbeitung (ZENTRAB)  
24 ausgeschlossen werden und die Verfahrenseinstellung durch die  
25 Staatsanwaltschaft darf nur der Ausnahmefall beim Vorliegen ganz  
26 besonderer Tatumstände sein.

- 27 • Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den  
28 sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent  
29 geahndet werden.
- 30 • Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der  
31 vernetzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere  
32 Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner  
33 Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.
- 34 • Zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts muss mehr unterstützt  
35 werden. Initiativen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen  
36 Rechtsextremismus engagieren, wie die Mobilen Beratungsstellen gegen  
37 Rechtsextremismus und die Opferberatungsstellen, müssen gestärkt  
38 werden. Sie brauchen deutlich mehr Mittel und eine verlässliche  
39 Förderung.
- 40 • Rechtsextremes Gedankengut in den Reihen der Polizei darf nicht  
41 geduldet werden. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen  
42 Beschwerdestelle, wo Vorfälle innerhalb der Polizei - auch unter  
43 Umgehung des regulären Dienstweges - sofort gemeldet werden können.
- 44 • Struktur und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden, vor allem des  
45 Verfassungsschutzes gehören auf den Prüfstand. Wir Grüne treten für  
46 eine umfassende Reform des Verfassungsschutzes ein. Wir fordern  
47 verbindliche und kontrollierbare Regeln zur Kooperation der  
48 Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz, Kriminalamt)  
49 untereinander und zwischen den Bundesländern.
- 50 • Wir Grüne unterstützen die vielen Menschen, die sich vor Ort in  
51 Willkommensinitiativen für Geflüchtete und gegen Rechtsextremismus  
52 engagieren. Mit unserer Fotoaktion "Wir zeigen Gesicht" setzen wir  
53 heute ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und  
54 zeigen, dass wir uns weder verstecken noch einschüchtern lassen.

# Resolution

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand

**Gegenstand:** Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung reduzieren!

## 1 Antragstext

2 Zusammen mit Spanien bildet Deutschland beim Einsatz von Antibiotika in der  
3 Nutztierhaltung europaweit die Spitze. Die Menge der verabreichten Antibiotika  
4 pro erzeugter Tonne Fleisch ist in etwa doppelt so hoch wie in den Niederlanden  
5 und fünfmal so hoch wie in Dänemark. In der Tiermast werden allein doppelt so  
6 große Mengen an Antibiotika eingesetzt wie in der Humanmedizin. Nur dadurch  
7 können die Folgen nicht artgerechter Haltungsbedingungen, vor allem bei  
8 Schweinen und Geflügel, kaschiert werden.

9 Der flächendeckende Einsatz von Antibiotika hat aber eine erhebliche  
10 Nebenwirkung: Er begünstigt die Selektion von antibiotikaresistenten  
11 Bakterienstämmen. Multiresistente Keime sind auch in brandenburgischen  
12 Krankenhäusern bereits ein erhebliches Problem. Die Zahl der Patienten, die  
13 alljährlich in deutschen Krankenhäusern durch multiresistente Erreger sterben,  
14 wird auf 30.000 geschätzt. Egal ob in der Humanmedizin oder in der Tiermast: Wir  
15 können es uns daher keinesfalls erlauben, die Selektion antibiotikaresistente  
16 Keime unnötig zu begünstigen.

17 Zwar hat die Kritik von Ärzten, Gesundheitsorganisationen, Umweltverbänden und  
18 uns Grünen dazu geführt, dass in Deutschland der Einsatz von Antibiotika in der  
19 Tierhaltung leicht zurückgeht. In den meisten Fällen liegt das aber am  
20 vermehrten Einsatz sogenannter „Reserve-Antibiotika“, die hochwirksam sind und  
21 daher in geringeren Mengen eingesetzt werden. Dass es anders gehen kann, zeigen  
22 die Niederlande: Auch dort ging nach einer gesellschaftlichen Debatte der  
23 Einsatz der Antibiotika deutlich zurück, ohne dass der Einsatz von „Reserve-  
24 Antibiotika“ deutlich stieg. Stattdessen wurden dort die Haltungsbedingungen  
25 verändert und Antibiotika viel zielgenauer eingesetzt.

26 Wir brauchen auch in Deutschland und vor allem in Brandenburg eine Kehrtwende  
27 bei der Anwendung von Antibiotika in der Tiermast. Wir fordern, dass verstärkt  
28 das einzelne Tier im Krankheitsfall behandelt wird und nicht wie beispielsweise  
29 bei Geflügel oft große Gruppen über das gemeinsame Trinkwasser. Damit wird das  
30 gesetzliche Verbot prophylaktischer Antibiotikagaben nämlich de facto

31 unterlaufen. Außerdem setzen wir uns für den verstärkten Einsatz sogenannter  
32 „Antibiogramme“ ein, damit das jeweils passende Antibiotikum statt eines  
33 Breitbandmittels verabreicht wird.

34 Vor allem aber fordern wir eine artgerechte Haltung und eine Kehrtwende hin zu  
35 bäuerlichen Betrieben. Agrarminister Vogelsänger setzt stattdessen aber weiter  
36 auf den Ausbau von Mega-Anlagen. Zusätzlich zu den 12 Millionen in Brandenburg  
37 bestehenden Tierplätzen in Großmastanlagen für Legehennen, Hähnchen, Enten und  
38 Puten befinden sich derzeit weitere 880.000 Tierplätze im Genehmigungsverfahren.  
39 Bei der Schweinehaltung sieht die Entwicklung ähnlich aus.

40 Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Förderung von Mega-Ställen  
41 umgehend einzustellen und sich auf Bundesebene für die Abschaffung von  
42 Mengenrabatten beim Kauf von Antibiotika einzusetzen.

43 Wir freuen uns über die große Unterstützung vieler Brandenburgerinnen und  
44 Brandenburger für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung und rufen alle  
45 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die noch nicht unterschrieben haben, zur  
46 Unterzeichnung auf.

# Dringlichkeitsantrag

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand

**Gegenstand:** **FÜR EINE SOLIDARISCHE FINANZIERUNG DES  
SCHIENENPERSONENNAHVERKEHRS IN  
ALLEN BUNDESLÄNDERN**

---

## 1 Antragstext

2 Die ostdeutschen Bundesländer zählen zu den großen Verlierern bei der  
3 Neuaufteilung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr. Brandenburg,  
4 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden bis 2030  
5 insgesamt jeweils zwischen einer halben (Thüringen) und fast einer Milliarde  
6 Euro (Sachsen) weniger für den Öffentlichen Schienennahverkehr ausgeben können  
7 als bei Fortschreibung des Status Quo - und das bei insgesamt steigenden  
8 Zuweisungen des Bundes, aber eben auch steigenden Kosten pro Zugkilometer.

9 Das wird in allen ostdeutschen Ländern drastische Folgen haben. Mecklenburg-  
10 Vorpommern wird in den nächsten 15 Jahren fast ein Drittel seiner bisherigen  
11 Zuweisungen für die Organisation des Schienenpersonennahverkehrs verlieren und  
12 in Folge gezwungen sein, weitere Regionalbahnstrecken abzubestellen. Diese  
13 Abwärtsspirale für den ÖPNV/SPNV darf jedoch eine GRÜNE - am Öffentlichen  
14 Verkehr orientierte - Verkehrspolitik nicht akzeptieren!

### 15 Bündnis 90/Die Grünen fordern:

16 Der Verteilungsschlüssel für die Neuordnung der Regionalisierungsmittel ist so  
17 auszugestalten, dass kein Bundesland unterhalb des jetzigen nominellen Betrages  
18 plus 1,25 % Minimaldynamisierung liegt!

19 Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vereinbarungen zum Modell des „Kieler  
20 Schlüssels" unter den Bundesländern auf der Forderung nach 8,5 Milliarden Euro  
21 und einer Dynamisierung von jährlich 2,8 % basierten!

22 Einer Abwärtsspirale, in die bevölkerungsarme Bundesländer mit vergleichsweise  
23 geringeren bestellten Zugkilometern durch die Mittelabsenkung fallen, ist  
24 entgegenzuwirken!

25 Ein solidarisches Verhalten und klares Bekenntnis aller Bundesländer zu einer  
26 Mittelverteilung, die sowohl den Bevölkerungsreichen Bundesländern mit  
27 steigenden Fahrgastzahlen, als auch dünn besiedelten Flächenländern, die zur  
28 Aufrechterhaltung ihrer öffentlicher Verkehre Mindestausstattungen benötigen,  
29 gerecht wird.

30 Die Regionalisierung, das heißt Aufgabenübertragung des Öffentlichen  
31 Personennahverkehrs auf die Länder war eine richtige Entscheidung. Auf  
32 Länderebene können die Bedarfe vor Ort und die Bestellungen von Zugverkehren  
33 besser organisiert werden als zentralistisch von der Bundesebene aus. Der Bund  
34 hat sich in Artikel 106a Grundgesetz gegenüber den Ländern verpflichtet, die mit  
35 der Regionalisierung verbundenen Lasten voll auszugleichen. So erhielten die  
36 Länder bislang 7,3 Mrd. EUR und eine jährliche Dynamisierungsrate von 1,5  
37 Prozent. Die Dynamisierung erfolgt aufgrund von jährlichen Kostensteigerungen  
38 bei Trassen-, Stationspreisen und anderen Kosten wie Energiepreisen.

39 Die Regionalisierungsmittel wurden 1996 im Zuge der Bahnreform unter den  
40 Bundesländern nach den 1993/1994 in den Ländern jeweils gefahrenen Zugkilometern  
41 verteilt. Die Verteilung beruhte auf einem Gutachten des Bundes. Die genauen  
42 Summen wurden im Regionalisierungsgesetz festgeschrieben.  
43 Im Jahr 2014 stand eine Revision der Regionalisierungsmittel an, d.h. zwischen  
44 Bund und Ländern wurde neu um die Gesamthöhe der Mittel verhandelt. Die  
45 Verkehrsminister der Länder bereiteten sich auf die Verhandlungen vor, indem sie  
46 ein Gutachten zur Ermittlung des Gesamtmittelbedarfes und eines objektiven  
47 Verteilungsschlüssels in Auftrag gaben. Im Ergebnis des Gutachtens forderten die  
48 Länder anstelle der bisher 7,3 Milliarden Euro und einer jährlichen  
49 Dynamisierungsrate nun eine Höhe von 8,5 Milliarden Euro und eine Dynamisierung  
50 von jährlich 2 Prozent.

51 Gleichzeitig verständigten sich die Bundesländer auf der  
52 Verkehrsministerkonferenz im Oktober 2014 in Kiel auf einen neuen  
53 Verteilungsschlüssel für die Regionalisierungsmittel,  
54 das Modell des „Kieler Schlüssels“. Dieser sollte möglichst objektiv sein und  
55 auch die westdeutschen Länder stärker berücksichtigen, die starke Zuwächse im  
56 SPNV/ÖPNV verzeichnen.

57 Dieser so genannte „Kieler Schlüssel“ setzt sich aus Einwohnerzahlen (Stand  
58 2012) und den bestehenden Zugkilometern (Stand 2015) zusammen. Im Ergebnis einer  
59 Aufteilung am Modell des „Kieler Schlüssels“ erhält kein Bundesland weniger  
60 Mittel als in 2014, wobei hier die von den Ländern geforderten 8,5 Mrd. EUR als  
61 Berechnungsgrundlage dienen. Gleiches gilt für die Dynamisierung.

62 Im Rahmen des Flüchtlingsgipfels wurde seitens der Bundesregierung über die Höhe  
63 der künftigen Regionalisierungsmittel entschieden und den Ländern stehen nun  
64 jährlich 8 Milliarden Euro anstelle der geforderten 8,5 Mrd. EUR zur Verfügung,  
65 die jährliche Dynamisierungsrate liegt bei 1,8 % anstelle der geforderten 2,8 %.  
66 Diese Entscheidung hat extrem negative Auswirkungen auf dünn besiedelte  
67 Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, aber auch auf alle  
68 anderen ostdeutschen Länder.

69 Es ist einzusehen, dass gerade im Zusammenhang mit der Durchsetzung  
70 klimapolitischer Zielsetzungen im Verkehrssektor auch bevölkerungsreiche  
71 Bundesländer mit steigenden Fahrgastzahlen höhere Bedarfe an  
72 Regionalisierungsmitteln vom Bund einfordern, um den ÖPNV und SPNV weiter zu  
73 stärken. Dass darf in der Gesamtverteilung der Mittel aber nicht dazu führen,  
74 dass Flächenländer mit geringer Bevölkerungszahl und immer weniger bestellten  
75 Zugkilometern in eine Degressionsspirale geraten, die eine Organisation des  
76 Schienenpersonennahverkehrs nur noch auf Hauptstrecken ermöglicht.

# **Antrag**

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Landesvorstand

**Gegenstand:** Gremienbesetzung

## 1 **Antragstext**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz möge folgende Besetzungsvorschläge beschließen:

3 Präsidium

4 Annalena Baerbock (KV Potsdam)  
5 Cornelia Behm (KV Potsdam-Mittelmark)  
6 Lothar Treder-Schmidt (KV Dahme-Spreewald)  
7 Jörg Gleisenstein (KV Frankfurt/Oder)

8 Antragskommission  
9 Nils Naber (KV Potsdam)  
10 Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark)

11 Wahlkommission  
12 Benjamin Grochowski (Landesgeschäftsstelle)  
13 Magdalena Westkemper (Landesgeschäftsstelle)  
14 Uwe Fröhlich (KV Potsdam)  
15 Ulli Reichardt (Landesgeschäftsstelle)

16 Mandatsprüfungskommission  
17 Anja Dannecker (Landesgeschäftsstelle)  
18 Bea Schulz (Landesgeschäftsstelle)  
19 Magdalena Westkemper (Landesgeschäftsstelle)

20 Protokoll  
21 Anja Dannecker (Landesgeschäftsstelle)  
22 Bea Schulz (Landesgeschäftsstelle)



**F 2 neu**

# **Antrag**

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Landesvorstand, Landesvorstand

**Gegenstand:** Tagesordnung (LDK Neuenhagen)

## 1 **Antragstext**

2 **SAMSTAG, DEN 07. NOVEMBER 2015**

3 Beginn: 10 Uhr, Ende: gegen 18.30 Uhr

4 Neudelegiertentreffen ab 9:30 Uhr

5 TOP 1 Grußworte und Formalia (10 - 10.30 Uhr)

6 TOP 2 Politische Reden (10.30 - 11 Uhr)

7 TOP 3 Anträge I (11 - 12.15 Uhr)

8 1. L 1 „Flüchtlinge willkommen heißen“

9 2. L 2 „Vorausschauende Strukturpolitik - Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz“

10 TOP 4 Wahlen I (12.15 - 13 Uhr)

11 1. Wahl der Landesvorsitzenden

12 Pause (gegen 13 Uhr)

13 TOP 5 Wahlen II (14 - 17.20 Uhr)

14 1. LandesschatzmeisterIn, BeisitzerInnen, frauenpolitische Sprecherin

15 2. Landesschiedsgericht, zwei RechnungsprüferInnen, die VertreterInnen und

16 StellvertreterInnen zum Länder- und Frauenrat und Bundesfinanzrat (jeweils LaVo

17 und BasisvertreterInn)

18 TOP 6 Anträge II (17.20 - 17.35 Uhr)

19 1. R 2 NEU: Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung reduzieren!

20 Aufruf Volksbegehren gegen Massentierhaltung

21 TOP 7 Bericht der AG Mitbestimmung (17.35 - 17.45 Uhr)

- 22 TOP 8 World-Café mit LAGen (nach kurzer Aufbaupause gegen 18 Uhr)  
23 Abendessen und Party
- 24 **SONNTAG, DEN 08. NOVEMBER 2015**  
25 Beginn: 9.30 Uhr, Ende gegen 14 Uhr
- 26 TOP 9 Begrüßung und Formalia (9.30 - 9.45 Uhr)
- 27 TOP 10 Politische Rede (9.45 - 10 Uhr)
- 28 TOP 11 Anträge III (10 - 10.10 Uhr)  
29 1. R 1: Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts  
30 verteidigen!
- 31 TOP 12 Haushalt (10.10 - 10.30 Uhr)  
32 1. Finanzbericht 2015 und Entlastung des Landesvorstands  
33 2. H 1: Haushaltsplan 2016 und mittelfristige Finanzplanung
- 34 TOP 13 Satzungen (10.30 - 10.45 Uhr)  
35 1. S 1: Neufestlegung des Anteils des Landesverbandes an den Mitgliedsbeiträgen  
36 2. S S NEU: Redaktionelle Klarstellung §3 Satzung
- 37 TOP 14 Anträge III (10.50 - 13.45 Uhr)  
38 1. V 1: Fachkräfteentwicklung in der Pflege"(LAG Gesundheit/Soziales)  
39 2. V 2: Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind  
40 Brandenburgs Zukunft (LAG Kultur)  
41 3. V 3: Gute Baukultur vor Ort umsetzen" (LAG Landesplanung und Baukultur)  
42 4. V 4: Mindestabstand von Windkraftanlagen (KV Prignitz)  
43 5. V 5: BER: Anwohner und Klima schützen - Dauersubvention vermeiden (KV Dahme-  
44 Spreewald)  
45 - Aufruf Volksbegehren 3. Startbahn -  
46 6. V 6: Wenn nicht jetzt, wann dann? - Ausweitung der Sportförderung für den  
47 Gesundheits- und Breitensport nutzen(LAG Sportpolitik)  
48 7. D1: Für eine solidarische Finanzierung des Schienenpersonalverkehrs in allen  
49 Bundesländern
- 50 TOP 15 Fotoshow und Ende (13.45 - 14 Uhr)
- 51 [alle Zeitangaben ohne Gewähr!]

# Antrag

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand

**Gegenstand:** **Willkommen in Brandenburg! Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen, gut begleiten und in unsere Gesellschaft integrieren**

## 1 Antragstext

2 Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Flüchtlinge. Derzeit sind weltweit  
3 fast 60 Millionen Menschen innerhalb oder außerhalb ihres Heimatlandes auf der  
4 Flucht. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat es nicht mehr so viele Menschen  
5 gegeben, die ihre Heimat verlassen mussten. Sie suchen Schutz vor Krieg,  
6 Verfolgung und existentieller Not.

7 Auch zu uns nach Brandenburg kommen wieder mehr Flüchtlinge. Die gestiegenen  
8 Zahlen erfordern rasches Handeln. Täglich erreichen uns Züge und Busse, die  
9 Menschen aus Syrien oder anderen Ländern zu uns bringen.

10 Brandenburg hat eine lange Tradition als Einwanderungsland. Schon infolge des  
11 vom großen Kurfürsten 1685 erlassenen Toleranzedikts sind unter anderem aus  
12 religiösen Gründen verfolgte als auch vor Hunger und Armut fliehende  
13 Einwanderinnen und Einwanderer vor allem aus Frankreich (Hugenotten), Böhmen,  
14 Österreich, der Schweiz und den Niederlande nach Brandenburg zugewandert. Oft  
15 teilten diese Menschen nicht die Auffassungen der Lehre Luthers, der damaligen  
16 Staatskonfession, und sprachen unverständliche Dialekte oder anfangs gar kein  
17 Deutsch. Ihnen wurden Steuererleichterungen oder gar -befreiungen gewährt und  
18 Land zur Verfügung gestellt. Das weckte auch damals Neid und Ressentiments.  
19 Weitsichtige Politik aber führte letztlich zum Erfolg. Viele Eingewanderte haben  
20 bereits damals einen herausragenden Beitrag zur wissenschaftlichen, kulturellen  
21 und wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburg bzw. des späteren Preußen  
22 geleistet. Daran wollen wir anknüpfen.

23 Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger haben aktuell in den vergangenen  
24 Monaten mit beeindruckender Hilfsbereitschaft gezeigt, dass sie bereit sind,  
25 Flüchtlinge willkommen zu heißen und Menschen in Not zu helfen. Den vielen  
26 ehrenamtlich Engagierten, den Willkommensinitiativen, aber auch den  
27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen, der Polizei, der Bundeswehr,

28 der sozialen Träger und der weiteren Dienste, die helfend mitgewirkt haben,  
29 gebührt unser großer Dank.

30 Gleichzeitig stellt die starke Zunahme der Geflüchteten das Land und die  
31 Kommunen vor große humanitäre Herausforderungen. Nachdem Mitte der 1990er Jahre  
32 etwa 32.000 Menschen jährlich bei uns Asyl suchten, sank ihre Zahl bis zum Jahr  
33 2007 auf unter 600. 2014 hat sich die Zahl der Erstanträge gegenüber dem Vorjahr  
34 auf 6315 fast verdoppelt. Die Prognosen gehen derzeit (Oktober 2015) von mehr  
35 als 30.000 Flüchtlingen in diesem Jahr aus. Für 2016 und die folgenden Jahre  
36 werden weiterhin hohe Zahlen erwartet.

37 Bund, Länder und Kommunen und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft stehen in der  
38 Verantwortung, die ankommenden Flüchtlinge gut unterzubringen, zu betreuen und  
39 zu integrieren. Die Bundesregierung hat es viel zu lange versäumt, die nötigen  
40 Vorkehrungen zu treffen, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei der  
41 finanziellen Entlastung von Ländern und Kommunen und bei den Integrationsmaß-  
42 nahmen. Bisher trugen Städte, Gemeinde, Kreise und Länder sowohl die  
43 Verantwortung als auch die Kosten für die Unterbringung, Versorgung und  
44 Integration von Geflüchteten quasi alleine.

45 Beim Flüchtlingsgipfel und der Ministerpräsidentenkonferenz am 24. September in  
46 Berlin haben sich die grün mitregierten Länder in den Verhandlungen mit der  
47 Bundesregierung mit großer Vehemenz für echte Verbesserungen für die Flüchtlinge  
48 und Kommunen stark gemacht. Das jetzt vorliegende Paket ist dürftig. Zwar wurden  
49 tatsächliche Verbesserungen für die Flüchtlinge und die Kommunen erreicht,  
50 einzelne Punkte sind jedoch nicht akzeptabel.

51 Die Grünen auf Länderebene der grün mitregierten Bundesländer konnten in den  
52 Verhandlungen einiges erreichen. Viele Schikanen und Versuche, eine restriktive  
53 und auf Abschreckung ausgerichtete Flüchtlingspolitik durchzusetzen und das  
54 Grundrecht auf Asyl auszuhöhlen, konnten verhindert werden. Einige unsinnige  
55 Verschärfungen und Leistungskürzungen wurden aus der „Giftliste“ der  
56 Bundesregierung gestrichen, wie z.B. das vollständige Streichen von Leistungen  
57 für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, für die nach dem Dublin-Verfahren andere  
58 Mitgliedstaaten zuständig sind.

59 Mit der Schaffung von bundesfinanzierten Plätzen in der Erstaufnahme, der  
60 finanziellen Beteiligung an den Verfahrenskosten und der finanziellen  
61 Unterstützung beim sozialen Wohnungsbau ergibt sich die Chance, dass sich die  
62 Situation vor Ort verbessert. Der Bund kommt seiner Verantwortung endlich nach  
63 und finanziert einen Teil der Kosten, die für Unterbringung und Versorgung der  
64 Flüchtlinge entstehen - vor allem über eine Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 670  
65 Euro pro Monat. Ebenso beteiligt er sich 2016 mit 350 Millionen Euro an den  
66 Kosten für die Unterbringung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen  
67 Flüchtlinge.

68 Der Zuzug von Arbeitssuchenden aus den Staaten des Westbalkans wird deutlich  
69 erleichtert. Dieses Verhandlungsergebnis ist ein erster Schritt zu einem  
70 Einwanderungsgesetz, mit dem wir transparente und unbürokratische Regeln für die  
71 Einwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland schaffen wollen. Außerdem soll

72 es ein größeres Engagement des Bundes und eine Aufstockung der Mittel zur  
73 Krisenbewältigung und bei der Beseitigung von Fluchtursachen geben, sowie  
74 Programme für Sinti und Roma, die Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpfen. Die  
75 Finanzausgaben des Bundes versprechen endlich die überfällige strukturelle und  
76 dauerhafte Entlastung für Länder und Kommunen. Es ist bereits absehbar dass sie  
77 bei weitem nicht ausreichen werden.

78 Es gibt aber auch deutliche Schattenseiten. Die Ausweitung der Liste der  
79 sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ ist vor dem Hintergrund der  
80 Menschenrechtssituation bestimmter Gruppen auf dem Balkan zynisch. Und den  
81 Vorschlag, auch noch die Türkei, im Augenblick fast schon ein Bürgerkriegsland,  
82 zu einem "sicheren Herkunftsland" zu erklären, können wir nur als nicht  
83 nachvollziehbar mit aller Entschiedenheit ablehnen. Wir bleiben dabei - jeder  
84 Einzelfall zählt. Jede und jeder Asylsuchende hat einen Anspruch darauf, dass  
85 ihr oder sein Schutzbedarf festgestellt wird. Gerade der Kosovo, für den noch  
86 vor kurzem ein NATO-Einsatz verlängert wurde, kann kaum als sicher gelten. Zudem  
87 belegen die Zahlen nicht, dass in den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“  
88 die Zahl der Asylanträge signifikant zurückgegangen wäre.

89 Die im beschlossenen Gesetzespaket enthaltene Kürzung der Leistungssätze für  
90 ausreisepflichtige Asylbewerber, die nicht unverschuldet an der Ausreise  
91 gehindert sind, unter das Hartz IV-Niveau halten wir für höchst problematisch.

92 Die Verkürzung der Rechtsmittelfristen gegen Entscheidungen des Bundesamtes auf  
93 eine Woche und die im Gesetz festgeschriebene sofortige Vollziehung für  
94 aufenthaltsbeendende Maßnahmen hebeln den Rechtsschutz aus und schaffen Fakten,  
95 bevor der Rechtsschutz wirkungsvoll greifen kann. Wir sehen darin einen Verstoß  
96 gegen Art. 19 Abs. 4 GG.

97 Wir sind uns bewusst, dass angesichts der Situation und der politischen Debatte  
98 in Deutschland weitere schwierige Forderungen in Flüchtlingsfragen mit SPD und  
99 den Unionsparteien auf die grünmitregierten Länder und damit auf die Partei  
100 zukommen werden. Schon die bisherigen Änderungen im Asylrecht waren höchst  
101 fragwürdig. Aus diesem Grund machen wir an dieser Stelle deutlich, dass eine  
102 verfassungswidrige mengenmäßige Deckelung des Asylrechts, die Einzäunung unseres  
103 Landes für uns völlig inakzeptabel sind.

104 Das unzureichende Ergebnis des Asylkompromisses vom Herbst 2015 kann nur ein  
105 Anfang für einen nächsten Verhandlungsprozess sein, der den Weg zu einem  
106 Einwanderungs- und einem Integrationsgesetz aufzeigt. Folgerichtig muss dann das  
107 Asylbewerberleistungsgesetz endlich abgeschafft werden und die Versorgung der  
108 Menschen ins Sozialgesetzbuch SGB überführt werden.

#### 109 **Fachübergreifender Aktionsplan für Geflüchtete im Land Brandenburg entwickeln**

110 Das Land Brandenburg hat in diesem Jahr mit der Einrichtung einer  
111 Koordinierungsstelle zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von  
112 Asylsuchenden und ausländischen Flüchtlingen für die Gemeinden und Kommunen auf  
113 die akuten Herausforderungen bei der Versorgung der Geflüchteten reagiert.

114 Ein Asylkabinett, das nach unserer Ansicht unter der Federführung der  
115 Staatskanzlei koordiniert wird, soll die Landesverwaltung und die Kommunen  
116 besser vernetzen. Im September wurde ein Koordinierungsstab unter Leitung des  
117 Innenministeriums gebildet. Mitte Oktober hat die Landtagsfraktion von BÜNDNIS  
118 90/DIE GRÜNEN Ministerpräsident Woidke aufgefordert, die Aufgabe der in der  
119 Zukunft beherrschenden Frage der Unterbringung und künftigen Integration der  
120 Flüchtlinge zur Chefsache zu machen. Bislang zeigte sich der Ministerpräsident  
121 nicht bereit, die Aufgabe ihrer Bedeutung angemessen in der Staatskanzlei zu  
122 verankern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher einen Staatssekretär, der das  
123 Thema Flüchtlings- und Integrationspolitik in einem interministeriellen  
124 Koordinierungsstab begleitet.  
125 Die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts für das kommende Jahr 2016 ist  
126 angekündigt, um dem steigenden Finanzbedarf gerecht zu werden.

127 Die Aufgabe, eine große Zahl von Menschen in Brandenburg gut aufzunehmen, zu  
128 betreuen und in die Gesellschaft zu integrieren, ist eine  
129 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier sollen sich Akteure auf allen Ebenen und  
130 allen Ressorts, sei es in der Verwaltung, in den Bildungseinrichtungen, in der  
131 Wirtschaft oder in der Zivilgesellschaft beteiligen.

132 Es ist ein Prozess, der gute Abstimmung und Planung erfordert. Die Brandenburger  
133 Bündnisgrünen regen deshalb an, einen gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für  
134 Geflüchtete zu entwickeln, der sowohl die finanzielle Ausstattung als auch die  
135 institutionelle und organisatorische Unterstützung in den Blick nimmt.

#### 136 **Erstaufnahme verbessern**

137 Schon seit langem reichen die Kapazitäten in der Erstaufnahme in  
138 Eisenhüttenstadt nicht mehr aus und mussten um eine Zeltstadt erweitert werden.  
139 Weitere acht Standorte wurden vorübergehend geschaffen und Außenstellen in  
140 Ferch, Frankfurt (Oder) sowie aktuell in Potsdam, Doberlug-Kirchhain und Cottbus  
141 eingerichtet. In Vorbereitung sind außerdem weitere Erstaufnahmeeinrichtungen in  
142 Strausberg und in Wünsdorf/Zossen.

143 Den Erstaufnahmeeinrichtungen kommt eine wichtige Rolle im Asylverfahren zu.  
144 Hier findet die Registrierung, die Antragstellung und die erste medizinische  
145 Untersuchung statt. Sie sind damit vom Charakter her ausschließlich kurzfristige  
146 Durchlaufstationen, die für einen Daueraufenthalt nicht vorgesehen sind.

147 Für problematisch halten wir, dass Asylsuchende künftig sechs Monate lang, im  
148 Falle von Asylsuchenden aus „sicheren Herkunftsstaaten“ sogar auch bis zum  
149 Abschluss des Verfahrens, in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben können.  
150 Die Zustände dort sind alarmierend, der Zugang zu Rechtsberatung nahezu  
151 unmöglich.

152 Die daraus folgende Beschränkung auf das Gelände oder auch nur den Ort der  
153 Erstaufnahmeeinrichtung stellt einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte  
154 der Betroffenen dar. De facto bedeutet dies mindestens die Wiedereinführung  
155 einer verschärften Form der Residenzpflicht; mit einer unbekanntem Anzahl

156 möglicher Sanktionsmittel.

157 ?Erstaufnahmeeinrichtungen liegen darüber hinaus häufig in städtischen Randlagen  
158 oder im ländlichen Raum. Ein zwangsweiser ausschließlicher Aufenthalt an diesem  
159 Ort entzieht Asylsuchende in einem Maße ihrer sozialen und kulturellen  
160 Partizipationsrechte, dass er aus dem Blickwinkel des Menschenrechtsschutzes  
161 nicht hinzunehmen ist. Für uns bleibt das Ziel, die Flüchtlinge auch weiterhin  
162 nach drei Monaten auf die Kommunen verteilen zu können.

163 Ebenfalls lehnen wir die Ausgabe des Taschengeldes in Form von Sachleistungen  
164 entschieden ab, zumal auch der Verwaltungsaufwand übertrieben hoch ist. Wir  
165 fordern, dieses Prinzip in Brandenburg nicht umzusetzen. Die Integration sollte  
166 bereits in der Erstaufnahme beginnen. Das heißt, Schulpflicht für Kinder,  
167 Deutschunterricht möglichst von Anfang an.

168 Wir fordern die Einrichtung einer dauerhaften Erstaufnahme in Potsdam als zweite  
169 Erstaufnahme neben Eisenhüttenstadt. Im Vergleich zu anderen Standorten der  
170 Erstaufnahme im Land hat Potsdam von der Infrastruktur, bei der Unterstützung  
171 durch Freiwillige und der sozialen Betreuung erhebliche Vorteile. So können das  
172 große, freiwillige Engagement und die Willkommenskultur der städtischen  
173 Gesellschaft genutzt werden. Das schwierige Thema rückt ins urbane Zentrum des  
174 Landes, wo es hingehört.

#### 175 **Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen und Wohnungsbauprogramm auflegen**

176 Die Unterbringung der Flüchtlinge stellt die Kommunen derzeit vor große  
177 Herausforderungen. Hotels und Sporthallen werden zu Notunterkünften  
178 umfunktioniert, Zeltstädte, Traglufthallen, Leichtbauhallen und Containerdörfer  
179 entstehen kurzfristig im ganzen Land.

180 Die Flüchtlinge dürfen in den Einrichtungen und Wohnungen nicht selbst  
181 überlassen werden. Zur Betreuung und Beratung werden weit mehr  
182 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter als bisher benötigt. Eine gute  
183 sozialpädagogische Betreuung hilft auch ,Konflikten und Gewalt in den  
184 Einrichtungen vorzubeugen. Die vorgesehene Senkung des Betreuungsschlüssel auf  
185 q:80 und dann auf 1:60 begrüßen wir und muss fortgesetzt werden.

186 So wichtig es ist, den Flüchtlingen erstmal wenigstens ein Dach über dem Kopf  
187 anbieten zu können, so stellt diese Form der Unterbringung doch nur eine  
188 kurzfristige Perspektive dar. Die Zelte sind schlecht beheizbar, Sporthallen  
189 können nicht dauerhaft umfunktioniert werden, denn sie werden für  
190 Sportunterricht und Vereinssport benötigt. Zudem birgt die räumliche Enge in  
191 vielen Unterkünften ein hohes Konfliktpotential, es fehlt jegliche Privatsphäre.  
192 Auch in Notunterkünften müssen ausreichend Duschen und Toiletten vorhanden sein,  
193 und es muss Spielmöglichkeiten für Kinder und Beschäftigungsmöglichkeiten für  
194 Erwachsene geben. Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen folgende  
195 Mindeststandards eingehalten werden: Unterbringung alleinstehender Frauen nur in  
196 Unterkünften, die überwiegend von Familien belegt sind, Rückzugsmöglichkeiten  
197 für schwangere und stillende Frauen, Sozial- und Konfliktberatung vor Ort statt  
198 Trennung nach Herkunftsländern oder Religion.

199 In Brandenburg gibt es auch zahlreiche vom Verfall bedrohte ortsbildprägende  
200 Immobilien, z.B. leerstehende Bahnhöfe oder Gutshäuser, oft noch im Besitz der  
201 Deutschen Bahn oder der Kommunen. Es muss geprüft werden, ob sie zur Umwandlung  
202 in Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind und von den Landkreisen erworben werden  
203 können. Jetzt ergibt sich die Chance, diese Objekte einer sinnvollen Nutzung  
204 zuzuführen und gleichzeitig zum positiven Erscheinungsbild unserer Dörfer und  
205 Städte beizutragen.

206 Wir begrüßen es ausdrücklich, dass allein reisende Kinder und Jugendliche sofort  
207 sozialpädagogisch von den Jugendämtern und dazu beauftragten freien Trägern  
208 begleitet werden. Hier hat der Bund die Finanzierung übernommen.

209 Die Kommunen, Kreise und kreisfreien Städte stehen jetzt vor der Aufgabe, sehr  
210 schnell winterfeste und längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten für  
211 Flüchtlinge zu schaffen. Bund und Land sollten so schnell wie möglich ein  
212 Wohnungsbauprogramm auflegen, damit preiswerter Wohnraum entstehen kann, der  
213 nicht nur den Flüchtlingen sondern auch Menschen mit geringen Einkommen und  
214 anderen sozialen Benachteiligungen, die die steigenden Mieten nicht mehr tragen  
215 können, zu Gute kommen kann. Die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau  
216 wurden bereits von 40 Millionen Euro pro Jahr auf 70 Millionen Euro erhöht.  
217 Die im Zusammenhang mit der Eilbedürftigkeit der Errichtung neuer  
218 Wohnungen entstandene Debatte über eine Deregulierung des Planungs- und  
219 Baurechts darf auf keinen Fall zu einer allgemeinen Verringerung von Standards  
220 führen. Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, sind bei  
221 Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, die nur für einen  
222 definierten Zeitraum errichtet und genutzt werden, erleichterte Standards im  
223 Planungs- und Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt.  
224 Ausgenommen sind Vorschriften zur Gefahrenprävention (z.B. Brandschutz).  
225 Absenkung von Standards im Wohnungsbau lehnen wir hingegen hier ab, denn wir  
226 wollen keinen Zwei-Klassen-Wohnungsbau. Ebenso darf es zu keinen Einschränkungen  
227 bei der Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Artenschutzes kommen.

228 Uns ist bei der Stellung der Forderung nach einem Wohnungsbauprogramm klar, dass  
229 diese Forderung mit unserer ökologisch motivierten Forderung nach Reduzierung  
230 des Flächenverbrauchs kollidieren kann. Dieser Zielkonflikt wird von uns durch  
231 Priorisierung des erforderlichen Wohnungsbaus aufgelöst.

232 Bündnis 90/Die Grünen schließen sich den Forderungen der Wohnungslosenhilfe an,  
233 Wohnungslosigkeit zu vermeiden bzw. aktiv zu bekämpfen. Eine schnelle  
234 Bereitstellung von Wohnungen mit Belegungsbindungen (ehemals Sozialwohnungen)  
235 über ein Wohnungsbau- und Wohnungssanierungsprogramm von Bestandswohnungen,  
236 trägt dazu bei, auch weiteren Sozialbenachteiligten zu helfen.

237 Wir begrüßen es, dass das Land die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, die  
238 Fördermittel aus dem Programm Stadtumbau Ost in Zukunft flexibler zu nutzen.  
239 Bereits zum Abriss vorgesehene Objekte können so mit Hilfe der Fördermittel  
240 saniert statt rückgebaut werden. Nach aktuellem Stand können 17,5 Millionen  
241 Euro, die bisher für den Abriss vorgesehen waren, für die Herrichtung von  
242 Wohnungen für geflüchtete Menschen genutzt werden. Laut Pressemitteilung der  
243 Staatskanzlei vom 15. September 2015 stehen nach jüngsten Erhebungen gegenwärtig



244 39.000 Wohnungen in den fünfzig Stadtumbaustädten allein in Brandenburg leer.  
245 Jeder Flüchtling könnte also theoretisch in einer eigenen Wohnung untergebracht  
246 werden, wenngleich sich nicht jede Wohnung und jedes Gebiet eignet.

247 Dennoch werden noch immer bewohnbare Plattenbauten abgerissen, z.B. aktuell in  
248 Rheinsberg in Ostprignitz/Ruppin oder in Wagenitz im Havelland. Wir fordern  
249 Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen, Bürgermeister oder  
250 Wohnungsbaugesellschaften auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen und Grundstücke  
251 und Immobilien für Flüchtlingsunterkünfte bereitzustellen oder Bebauungspläne zu  
252 ändern, damit Unterkünfte entstehen können. Hier hilft kein Wegducken, sondern  
253 wir brauchen eine bessere Kooperation mit den Akteuren vor Ort. Es müssen  
254 schnell die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, den Abriss von Wohnraum zu  
255 verhindern, der sich zur Unterbringung von Flüchtlingen eignet, z.B. durch ein  
256 Vorandienungsrecht, damit nicht noch weiterer gut nutzbarer Wohnraum verloren  
257 geht. Die Kommunen sollten außerdem verpflichtet werden, leerstehenden Wohnraum  
258 der Kreisverwaltung zu benennen, damit dieser Wohnraum kurzfristig zur  
259 Flüchtlingsunterbringung verfügbar ist.

260 Wir wollen weiterhin bei der Planung neuer Unterkünfte eine dezentrale  
261 Unterbringung in kleineren Einheiten oder in Wohnungen. Zu große Not- und  
262 Gemeinschaftsunterkünfte tragen nicht zur Akzeptanz der Bevölkerung bei und  
263 behindern die Integration. Es gibt immer mehr Menschen, die bereit sind,  
264 Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten oder sie sogar in ihren Privatwohnungen  
265 oder Häusern aufzunehmen. Die private Unterbringung von Flüchtlingen ist eine  
266 gute Alternative und muss erleichtert und entbürokratisiert werden.

267 Die Unterbringung einer den jeweiligen Verhältnissen angemessenen Anzahl von  
268 Flüchtlingen/Asylbewerbern in kleineren Ortschaften hingegen sollte kein Tabu  
269 sein. Der Erhalt der Kita oder Schule im Dorf, der Arzt, der Supermarkt um die  
270 Ecke oder der Bus in die Stadt – das Beispiel Golzow, wo der Bürgermeister mit  
271 Hilfe von Flüchtlingsfamilien den Schulstandort sicherte, zeigt, dass viele  
272 kleinere Dörfer und Siedlungen in den ländlichen Räumen vom Zuzug profitieren  
273 könnten.

274 Wir unterstützen die Einrichtung von kreislichen Förderprogrammen für die  
275 Bereitstellung privaten Wohnraums für Flüchtlinge wie beispielsweise im  
276 Landkreis Potsdam-Mittelmark, wo in diesem Jahr 200.000 Euro bereitgestellt  
277 werden sollen. Dort ist geplant, maximal fünfzig Prozent der Sanierungskosten zu  
278 erstatten. Für Wohnungen bis fünfundsechzig Quadratmeter Größe werden bis zu  
279 10.000 Euro übernommen, bis neunzig Quadratmeter 20.000 Euro. Die Zahlung pro  
280 Bauherr wird auf höchstens 50.000 Euro begrenzt.

## 281 **Gesundheitskarte endlich einführen und medizinische Versorgung verbessern**

282 Wir Bündnisgrüne setzen uns sowohl im Land als auch im Bund schon lange für die  
283 Gesundheitskarte und eine bessere medizinische Versorgung der Flüchtlinge ein.  
284 Damit würden die Kommunen von hohem bürokratischem Aufwand entlastet, die  
285 Flüchtlinge könnten leichter ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen.

286 Flüchtlinge haben nach Ankunft in den Kommunen nur Anspruch auf eine Versorgung  
287 in Notsituationen und bei akuten Schmerzen. Dafür müssen sie erst umständlich  
288 einen Behandlungsschein beantragen, die Kosten werden dann vom Landkreis oder  
289 der kreisfreien Stadt übernommen.

290 Wir fordern weiterhin, die Gesundheitskarte in Brandenburg möglichst schnell  
291 einzuführen. Die Kommunen sollten ihren Widerstand endlich aufgeben.  
292 Allerdings löst die Gesundheitskarte allein das Problem einer besseren  
293 medizinischen Versorgung nicht. Wir Grüne bleiben bei unserer Forderung an die  
294 Bundesebene, dass auch Geflüchteten die Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse  
295 zur Verfügung gestellt werden müssen. Bei Verständigungsproblemen muss es zudem  
296 die Möglichkeit geben, DolmetscherInnen heranzuziehen. Wir empfehlen dazu die  
297 Einrichtung einer Hotline mit TelefondolmetscherInnen in Kooperation mit dem  
298 Land Berlin.

#### 299 **Psychosoziale und Traumabehandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ausbauen**

300 Die Erlebnisse von Verfolgung oder Krieg in der Heimat, Todesängste auf der  
301 Flucht, Hunger und Durst, die Überfahrt auf vollbeladenen Flüchtlingsschiffen  
302 oder im LKW: Bei ihrer Ankunft leiden viele Flüchtlinge aufgrund der belastenden  
303 Erfahrungen unter Traumafolgestörungen. Besonders betroffen sind Frauen und  
304 Kinder. In der Behandlungsstelle in Trägerschaft des kommt e.V. in Fürstenwalde  
305 behandeln hochspezialisierte PsychotherapeutInnen traumatisierte Flüchtlinge.  
306 Sie soll in eine dauerfinanzierte Regelfinanzierung übernommen werden. Die  
307 Behandlungsstelle ist bereits jetzt überlastet und es ist schwierig, in  
308 Brandenburg Therapeutinnen und Therapeuten zu finden. Die Herausforderungen mit  
309 der Sprache kommen erschwerend hinzu. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr  
310 psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer eingerichtet und  
311 verlässlich finanziert werden. Für fremdsprachige PsychotherapeutInnen sollten  
312 Sonderbedarfszulassungen ermöglicht werden.  
313 Es müssen auch Programme und Fortbildungsangebote für die Betreuerinnen und  
314 Betreuer von Flüchtlingen entwickelt werden. Die SozialarbeiterInnen in den  
315 Einrichtungen, das Personal des Wachschutzes, die ErzieherInnen in den Kitas,  
316 die LehrerInnen in der Schule und nicht zuletzt die Ehrenamtlichen brauchen  
317 Unterstützung für den Umgang mit traumatisierten Menschen.

#### 318 **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge besonders schützen**

319 Immer mehr Kinder und Jugendliche fliehen allein, ohne ihre Eltern. Diese Kinder  
320 und Jugendlichen brauchen unseren besonderen Schutz, denn eine Flucht  
321 hinterlässt Spuren - körperliche und seelische. Brandenburg konnte diese  
322 Jugendlichen bislang sehr gut in der Fürstenwalder Einrichtung „Alreju“  
323 (Alleinreisende Jugendliche) betreuen, doch bereits seit Monaten stoßen die  
324 Aufnahmekapazitäten dort an ihre Grenzen. Die Jugendlichen wurden deshalb auch  
325 in Gemeinschaftsunterkünften in Potsdam, Cottbus und Brandenburg an der Havel  
326 untergebracht. Einige fanden sogar im Frauenhaus in Frankfurt (Oder)  
327 Unterschlupf.

328 Die Bundesregierung plant ab 2016, unbegleitete Kinder und Jugendliche ebenfalls  
329 nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder zu verteilen. Dann muss

330 Brandenburg mit erheblich mehr zu betreuenden Jugendlichen rechnen.

331 Den Antrag unserer bündnisgrünen Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen SPD und  
332 Die Linke zur Situation unbegleiteter Kinder und Jugendlichen nahm der Landtag  
333 an. In ihm wird dargelegt, wie alleinreisende Kinder und Jugendliche am besten  
334 untergebracht werden können und welche besonderen pädagogischen, psychologischen  
335 und therapeutischen Angebote sie brauchen. Klar ist, dass diese Angebote  
336 gemeinsam mit den Trägern der örtlichen Jugendhilfe erarbeitet werden müssen.  
337 Das Land muss bei der Finanzierung helfen. Da die aktuell prognostizierte Zahl  
338 der Betroffenen deutlich höher sein wird, als ursprünglich angenommen, wird sich  
339 die Konzentration der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen auf wenige  
340 kompetente Landkreise und kreisfreien Städte nicht mehr durchhalten lassen. Die  
341 Stadt Potsdam hat bereits für eine Einrichtung für unbegleitete Kinder und  
342 Jugendliche. Hierin sehen wir neben „Alreju“ in Fürstenwalde eine weitere  
343 vorbildhafte Einrichtung für diese Zielgruppe, an der sich die anderen  
344 Landkreise und kreisfreien Städte orientieren können.  
345 Herausragend wichtig ist neben der psychosozialen Betreuung auch die Frage der  
346 rechtlichen Vertretung der alleinreisenden, minderjährigen Flüchtlinge. Die  
347 nunmehr zu erwartende Zahl der Betroffenen wird voraussichtlich ohne  
348 ehrenamtliche Vormünder nicht zu bewältigen sein.  
349 Es ist sicherzustellen, dass die räumlich nahe Unterbringung des Mündels zu  
350 seinem bestellten Vormund Vorrang hat und die Verlegungen in andere  
351 Amtsgerichtsbezirke zu unterbleiben haben.  
352 Zudem fordern wir die Übernahme der Bürokratiekosten durch die Landkreise und  
353 kreisfreien Städte im Vorlauf der Vormundschaftsbestellung.

354 **Flüchtlinge integrieren - mit guten Deutschkenntnissen, guter Bildung und**  
355 **Ausbildung und mit Erwerbsarbeit**

356 Wie gut Integration gelingt, wird entscheidend davon abhängen, wie wir die  
357 Menschen in den Alltag, in die Kita, in die Schule, in die Ausbildung oder ins  
358 Studium und letztlich ins Erwerbsleben integrieren können.

359 Der deutschen Sprache kommt dabei der entscheidende Schlüssel zu. Von Anfang an,  
360 schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen, muss es Angebote für Deutschunterricht  
361 geben. Es war längst überfällig, dass nach dem Asylgipfel der Teilnehmerkreis an  
362 den Integrationskursen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)  
363 endlich auch auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie auf Geduldete  
364 erweitert wurde.

365 Für eine gute Integration ist auch das Vermitteln der Werte unserer europäisch  
366 geprägten, liberalen und freien Gesellschaft und der Grundwerte unserer  
367 Verfassung elementar. Die Aufklärung und die Vermittlung über die andere Kultur  
368 und die Regeln in Deutschland, die Rechtskultur, die Menschen- und die  
369 Bürgerrechte sind von Anfang an wichtig. Notwendig ist die Aufklärung über  
370 rechtspopulistische und rechtsextremistische Aktivitäten, die gegen die  
371 Geflüchteten gerichtet sind.  
372 Junge Flüchtlinge können dies in der Schule lernen. Erwachsene sollten sich  
373 damit in den „Integrationskursen“ auseinandersetzen. Neben vielen anderen Themen  
374 gehört dazu auch religiöse Toleranz, Akzeptanz sexueller Vielfalt und

375 unbedingt auch die Gleichberechtigung der Frauen.

376 Wir Bündnisgrüne unterstützen auch Bestrebungen der Flüchtlinge, die Vertretung  
377 ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen und sich z.B. in Heimbeiräten zu  
378 organisieren.

379 So können in Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern der Unterkünfte, Konzepte  
380 entwickelt werden, wie eine ehrenamtliche und später auch in Beschäftigungen  
381 mögliche Mithilfe und Zusammenarbeit organisiert werden kann, beispielsweise in  
382 der sprachlichen Begleitung, oder bei der Spendenlagerung und Spendenverteilung.

383 Wir begrüßen es, dass Flüchtlinge in Zukunft schneller die Chance erhalten  
384 sollen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und dass Zuwanderer während der Aus-  
385 oder Weiterbildung und für weitere zwei Jahre darüber hinaus einen sicheren  
386 Aufenthaltsstatus erlangen sollen. Gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit gilt  
387 es Programme zu entwickeln, wie Flüchtlinge möglichst schnell ins Erwerbsleben  
388 integriert werden können. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollten  
389 Beratungsgespräche stattfinden, um die Erfahrungen, Kompetenzen und  
390 Qualifikationen zu erkennen, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen und Job-  
391 oder Fortbildungsangebote zu unterbreiten. Ausländische Abschlüsse sollten  
392 unbürokratisch anerkannt werden, um den Zugang zur Erwerbsarbeit zu erleichtern.  
393 Denn Brandenburg verzeichnet bereits jetzt in vielen Bereichen einen großen  
394 Fachkräftemangel, vor allem im Handwerk und in der Pflege.

395 Die Landesregierung hat ein Programm und Netzwerk, Integration durch  
396 Qualifizierung (IQ) mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) aufgelegt.  
397 Hier geht es um Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und um berufliche  
398 Qualifizierung in Ingenieur-, Naturwissenschaftler-, Handwerker- und  
399 Dienstleistungsberufen, sowie in der Pflege und Medizin. Wir fordern einen  
400 Ausbau dieses Netzwerkes in weiteren Brandenburger Kommunen. Bislang bestehen  
401 Beratungsstellen in Neuruppin, Oranienburg, Bernau, Eberswalde, Frankfurt/Oder,  
402 Cottbus und Potsdam.

403 Die Landesregierung muss sich über eine Bundesratsinitiative dafür stark machen,  
404 dass es endlich Planungs- bzw. Rechtssicherheit für Betriebe gibt, die  
405 Flüchtlinge ausbilden wollen. Im Zuge einer „3 plus 2“ Regelung muss  
406 sichergestellt werden, dass es keine Abschiebung während der dreijährigen  
407 Ausbildung und den sich anschließenden beiden Beschäftigungsjahren gibt. Dies  
408 ist nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch Unternehmensverbände  
409 und Kammern drängen darauf, die Möglichkeiten zur Ausbildung von Flüchtlingen,  
410 auch wenn ihr Asylverfahren noch läuft, zu vereinfachen und für  
411 Planungssicherheit zu sorgen. Allein im IHK-Bezirk Potsdam - zu dem neben der  
412 Landeshauptstadt Potsdam die Stadt Brandenburg an der Havel und die Landkreise  
413 Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel, Havelland, Potsdam-Mittelmark und  
414 Teltow-Fläming gehören - stehen für das aktuelle Jahr noch 1.064 freie  
415 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

416 Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde (HNEE) zeigt gerade  
417 vorbildlich, welche Möglichkeiten es gibt, Flüchtlinge bei der Aufnahme eines  
418 Studiums zu unterstützen. Sie bietet qualifizierten Geflüchteten die Möglichkeit  
419 zur Aufnahme eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums an. Die HNEE hat  
420 außerdem beschlossen, dass Flüchtlinge an vielen Veranstaltungen kostenfrei als  
421 GasthörerInnen teilnehmen können. Dieses Beispiel sollte Schule machen. Ähnliche  
422 Beispiele entwickeln gerade auch andere Brandenburgische Hochschulen. Das ist

423 eine weitere Möglichkeit, das Fachwissen der zugewanderten Migrantinnen und  
424 Migranten in unsere gesamte Gesellschaft zu integrieren.

425 Auf die Kitas und Schulen kommen mit der Aufnahme von Flüchtlingskindern  
426 besondere Herausforderungen zu. Kinder aus unterschiedlichen Kulturen, Nationen  
427 und Sprachen, meist ohne deutsche Sprachkenntnisse und oft mit traumatischen  
428 Fluchterlebnissen brauchen besondere Aufmerksamkeit. Kitas und Schulen dürfen  
429 mit den Problemen nicht alleingelassen werden. Die Kitas benötigen eine adäquate  
430 Personalausstattung. Der Betreuungsschlüssel bzw. die Fachkraft-Kind-Relation  
431 sind in Brandenburg schon jetzt unzureichend. Für ErzieherInnen muss es  
432 ausreichend Fortbildungsangebote für die Sprachförderung und den Umgang mit  
433 traumatisierten Kindern geben. An der Finanzierung muss sich das Land  
434 beteiligen.

435 Auch die Schulen benötigen ausreichend qualifizierte Lehrkräfte, um  
436 Flüchtlingskinder gut zu beschulen. Das Land soll die Initiierung von  
437 Willkommensklassen fördern. An Brandenburgs Schulen werden derzeit (Oktober  
438 2015) 4300 Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien unterrichtet, 3200  
439 mehr als geplant. 112 Lehrkräfte, die bisher an den Fortbildungskursen Deutsch  
440 als Zweitsprache des Landesinstituts für Schule und Medien (Lisum) teilgenommen  
441 haben, sind viel zu wenige. Es ist zu begrüßen, dass Minister Baaske jetzt nach  
442 der Einstellung von landesweit 119 Lehrkräften für den Förder- und  
443 Sachunterricht weitere 240 Stellen neu geschaffen hat, um die gestiegenen  
444 Schülerzahlen aufzufangen. Nun bleibt zu hoffen, dass diese Stellen auch besetzt  
445 werden können. In der akuten Notsituation dürfen zudem Schulen in freier  
446 Trägerschaft nicht außen vor bleiben. Auch ihnen müssen entsprechende Ressourcen  
447 zur Verfügung gestellt werden.  
448 Für Schulen, an denen aufgrund einer zu geringen Zahl von geflüchteten Kindern  
449 keine Integrationsklassen eingerichtet werden, gilt es die Personalstundenzahl  
450 aufzustocken, um individuelle Sprachförderung durch die Lehrkräfte vor Ort zu  
451 ermöglichen.

452 In den Erstaufnahmeeinrichtungen werden derzeit vierstündige Unterrichtskurse in  
453 Deutsch, Sport und Sachkunde angeboten. Die Schulpflicht für Flüchtlingskinder  
454 darf nicht erst bei der Unterbringung in den Kommunen einsetzen, sondern muss  
455 von Anfang an bestehen.

#### 456 **Hilfe für die Helferinnen und Helfer**

457 Die überwältigende Bereitschaft so vieler Menschen zum ehrenamtlichen Engagement  
458 hat in den letzten Wochen und Monaten der ganzen Welt eindrucksvoll gezeigt,  
459 dass Deutschland ein offenes und solidarisches Land geworden ist. Engagierte in  
460 Willkommensinitiativen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften oder  
461 Kirchen und von Parteien haben mit ganz unterschiedlichen Aktivitäten dazu  
462 beigetragen, Flüchtlingen, die in unserem Land Schutz und eine neue Heimat  
463 suchen, einen guten Empfang zu bereiten. Ehrenamtliche haben mit angepackt, wenn  
464 es darum ging, provisorische Unterkünfte herzurichten, sie haben Geld- und  
465 Sachspenden gesammelt, sie spielen mit Kindern und geben Deutschunterricht, sie  
466 organisieren soziale Aktivitäten und fungieren als Patinnen und Paten oder sie  
467 begleiten Flüchtlinge zum Arzt oder zu Behörden. Einige haben sogar Flüchtlinge

468 bei sich zu Hause aufgenommen und geben so ein eindrucksvolles Beispiel für  
469 Hilfsbereitschaft und Solidarität.  
470 Einen Überblick über private Initiativen u.a. auch Patenschaften mit  
471 Geflüchteten in der Nähe haben die lokalen Aktionsbündnisse gegen  
472 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, regionale Flüchtlingsräte und die  
473 Diakonie. Sie können die Hilfe vermitteln. Von einmaligen Geldspenden an eine  
474 Flüchtlingsorganisation bis zur lebenslangen Bürgerschaft für einen Geflüchteten  
475 gibt es viele verschiedene Arten, zu helfen. Jeder Helfer sollte sich ehrlich  
476 überlegen, was er leisten will - und auch wirklich leisten kann. Wer  
477 Flüchtlingen Wohnraum anbieten will, sollte sich über die Verantwortung im  
478 Klaren sein, die er damit auf sich nimmt. Das Projekt "Wir heißen Flüchtlinge  
479 Willkommen" hat bisher 80 Menschen erfolgreich in WGs und Familien vermittelt.  
480 Die Mietkosten finanzieren viele der WGs über Spenden aus dem Freundeskreis.  
481 Grundsätzlich kann man für die private Aufnahme eines Flüchtlings auch bei der  
482 Kommune eine Kostenübernahme beantragen.

483 Wer sich ehrenamtlich engagieren will, findet auf der Internetseite der  
484 Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie unter „Ehrenamt-in-  
485 Brandenburg“ Tipps und Ratschläge, wohin man sich wenden kann und welche  
486 Aktivitäten gebraucht werden. Aber es braucht mehr als Internetseiten zur  
487 längerfristigen Motivierung und Vernetzung der vielen Helferinnen und Helfer.  
488 Nötig sind sowohl Mittel zur Finanzierung der unterschiedlichen Aktivitäten als  
489 auch professionelle Unterstützung und Koordination der Ehrenamtlichen. Wir  
490 begrüßen die Einrichtung eines Projekttopfes, aus dem Fördermittel zwischen 300  
491 und 1000 Euro für Projekte vor Ort beantragt werden können. Die Antragstellung  
492 muss so unbürokratisch wie möglich erfolgen, damit Ehrenamtliche diese Mittel  
493 auch ohne großen Aufwand anfordern können.

494 Sowohl die Helferinnen und Helfern als auch die Geflüchteten nutzen das  
495 Internet. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Start des Internetportals  
496 [www.helpto.de](http://www.helpto.de), wo gerade das Portal für Potsdam als Pilot frei geschaltet wurde.  
497 Mit HelpTo wird eine Möglichkeit geschaffen, Akteure direkt vor Ort miteinander  
498 in Kontakt treten zu lassen, so dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht  
499 wird. Ein weiteres Portal ist [www.ichhelfe.jetzt](http://www.ichhelfe.jetzt).

500 Wer sich ehrenamtlich engagieren will, findet auf der Internetseite der  
501 Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie unter „Ehrenamt-in-  
502 Brandenburg“ Tipps und Ratschläge, wohin man sich wenden kann und welche  
503 Aktivitäten gebraucht werden. Aber es braucht mehr als Internetseiten zur  
504 längerfristigen Motivierung und Vernetzung der vielen Helferinnen und Helfer.  
505 Nötig sind sowohl Mittel zur Finanzierung der unterschiedlichen Aktivitäten als  
506 auch professionelle Unterstützung und Koordination der Ehrenamtlichen. Wir  
507 begrüßen die Einrichtung eines Projekttopfes, aus dem Fördermittel zwischen 300  
508 und 1000 Euro für Projekte vor Ort beantragt werden können. Die Antragstellung  
509 muss so unbürokratisch wie möglich erfolgen, damit Ehrenamtliche diese Mittel  
510 auch ohne großen Aufwand anfordern können.

511 Einige Gemeinden sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Stellen  
512 zur Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort geschaffen. Wichtig ist  
513 für die meist ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, sowie für die Angestellten  
514 in den Verwaltungen der Gemeinden, Städte und Kommunen auch das Lernen in Aus-

515 und Weiterbildung, von interreligiöser und interkultureller Kompetenz, um  
516 angemessen und besser auf Unterschiede reagieren zu können. Denn durch die  
517 Zuwanderung wird sich auch unsere gesamte Gesellschaft im Land Brandenburg  
518 verändern.  
519 Wir machen uns in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen  
520 dafür stark, dass unsere Verwaltungen die ehrenamtlichen Aktivitäten offensiv  
521 unterstützen. Dazu gehört es öffentliche Räume für Sprachkurse und andere  
522 Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, aber auch Patenschaftsprogramme,  
523 Spendenvermittlung und Sprachangebote zu unterstützen und bei Bedarf zu  
524 koordinieren.

525 Auch dürfen Helferinnen und Helfer mit den Problemen, die sich bei der Betreuung  
526 der oftmals traumatisierten Flüchtlinge aus unterschiedlichen Kulturen und  
527 Religionsgemeinschaften ergeben können, nicht allein gelassen werden. Hier  
528 müssen Möglichkeiten zur Supervision für die Ehrenamtlichen geschaffen werden.

529 **Für ein vielfältiges, buntes und offenes Brandenburg von Morgen!**

530 Brandenburg hat sich verändert und es wird sich weiter verändern. Es wird bunter  
531 und vielfältiger werden. Wir sehen in den Herausforderungen große Chancen für  
532 unser Land. Der Zuzug von jungen Menschen und Familien eröffnet neue  
533 Perspektiven, besonders für die ländlichen Räume und für den drohenden  
534 Fachkräftemangel z.B. im Handwerk oder in der Pflege.

535 Sicher wird nicht alles einfach werden. Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft  
536 gegen fremden- und demokratiefeindliche Bestrebungen zusammensteht und dass wir  
537 Gesicht zeigen gegen Gewalt, Rassismus, Fremdenhass und Diskriminierung. Es wird  
538 Konflikte und Reibungen geben, aber wir Bündnisgrüne sind zuversichtlich, dass  
539 wir das schaffen können. Es wird für uns alle eine große Anstrengung werden,  
540 aber es wird sich lohnen!

# Antrag

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Landesvorstand, Landesvorstand,  
Landesvorstand

**Gegenstand:** Vorausschauende Strukturpolitik -  
Bündnisgrüne Ideen für die Lausitz

## 1 Antragstext

2 Der von der Braunkohlelobby gefeierte Sieg der Kraftwerksreserve über die  
3 geplante Abgabe für alte Kraftwerke hat vielen die Augen geöffnet, dass ein  
4 endgültiger Ausstieg aus der Braunkohle bald kommen wird. Denn auch die  
5 Kraftwerksreserve führt letztendlich zum Abschalten von Kraftwerksblöcken. Da  
6 wir diesmal rechtzeitig die Notwendigkeit und das Ziel kennen, haben wir es  
7 heute in der Hand einen erneuten Strukturbruch wie in den 1990ern zu vermeiden.  
8 Der größte Teil des Abschieds von der Kohle liegt bereits hinter uns. Den  
9 verbleibenden Weg sollten wir bewusst und mit präventiver Strukturpolitik gehen.

10 Für uns bedeutet das zum einen, dass wir weiterhin ein Gesetz auf Bundesebene  
11 fordern, das den Prozess des allmählichen Auslaufens der Kohleverstromung analog  
12 zu den deutschen Klimazielen zuverlässig planbar macht. Fehlende  
13 Planungssicherheit führt zum Aufschieben vieler Entscheidungen sowohl bei  
14 Investitionen in der Wirtschaft, als auch bei privaten Berufs- und  
15 Familienentscheidungen. Ein verbindlicher Fahrplan zum Kohleausstieg kann einen  
16 gesellschaftlichen Konsens schaffen, der auch entschlossene  
17 gesamtgesellschaftliche Anstrengungen für die Absicherung der sogenannten  
18 Ewigkeitskosten des Bergbaus sowie für die wirksame Förderung des  
19 Strukturwandels in der Region rechtfertigt. Der rotgrüne Braunkohlekompromiss  
20 aus NRW kann hier als Vorbild dienen.

21 Zum anderen ist es extrem wichtig, die Diskussion über das OB endlich hin zum  
22 WIE zu verlagern. Wir wollen eine präventive Strukturpolitik, die darauf  
23 aufbaut, für welche anderen zukunftsfähigen Wirtschaftszweige die Infrastruktur  
24 und das Know-How der Braunkohleindustrie noch eingesetzt werden kann, was in der  
25 Lausitz neben der Braunkohle bereits besteht und gestärkt werden kann und was  
26 bisher von der Braunkohle behindert wurde und jetzt durchstarten kann. Wir  
27 wollen im Folgenden Ideen präsentieren, um die Diskussion über das WIE  
28 voranzutreiben. Wichtig ist die gesellschaftliche Debatte in der Lausitz vor  
29 Ort, um die vielen Potentiale und Ideen dort ans Tageslicht zu bringen. Die



30 zivilgesellschaftliche Kraft vor Ort, die sich bisher zu großen Teilen um ein  
31 Für und Wider der Braunkohle gedreht hat, gilt es für eine positive Begleitung  
32 des Strukturwandels zu kanalisieren. Eine Zukunftsstiftung Lausitz könnte unter  
33 Einbindung der Lausitzer Zivilgesellschaft die Entwicklung von Konzepten und -  
34 projekten für die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz anschieben.

## 35 **I. Die Lausitz gemeinsam denken**

36 Historisch betrachtet besaß die Lausitz, die sich vom Spreewald bis ins Zittauer  
37 Dreiländereck erstreckt, zu keiner Zeit eine gemeinsame Verwaltung, die sich auf  
38 wirtschaftliche, politische und kulturelle Prozesse auswirken hätte können. Die  
39 Ober- und Niederlausitz verbindet jedoch die periphere Lage innerhalb  
40 Deutschlands, die demografischen Entwicklungen, die Energiewirtschaft und die  
41 Bergbaufolgelandschaften sowie in besonderem Maße die sorbische/wendische  
42 Minderheit. Viele Fragen für die Zukunft stellen sich in beiden Teilen der  
43 Lausitz gleich und sind Ausgangspunkt für eine auf die gesamte Lausitz bezogene  
44 bündnisgrüne Politik.

45 Damit steht eine auf die gesamte Lausitz ausgerichtete Politik vor der  
46 anspruchsvollen Aufgabe, Gemeinsamkeiten zu nutzen, wo die Lausitz im  
47 interregionalen Wettbewerb um Aufmerksamkeit und damit auch Entwicklungschancen  
48 ringt. Dies betrifft die Weiterentwicklung der Energieregion, das Fördern der  
49 kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Herausbildung einer  
50 Bildungslandschaft mit Lausitzer Profil, ein Gesamtkonzept für den Tourismus der  
51 Lausitz, sowie ein Zusammenspiel des ÖPNV. Schließlich geht es darum, eine  
52 positive Identifikation mit und eine offene Gesellschaft in der Lausitz zu  
53 schaffen. Die Bruchstelle, die all diese Politikbereiche an der Landesgrenze  
54 erfahren, muss möglichst geschlossen werden.

55 Durch die industrielle Geschichte ist die Lausitz durch ein relativ dichtes Netz  
56 an Städten geprägt. Ein Lausitzer Städtebund der sächsischen und  
57 brandenburgischen - am besten natürlich auch der polnischen - Städte könnte  
58 helfen eine gemeinsame Lausitzer Identifikation zu bestärken. Im Verbund hätten  
59 diese eine stärkere Stimme, um z.B. bei der Verkehrspolitik aus dem  
60 Stilllegungsabwehrkampf in die Offensive zu kommen. Ein Städtebund könnte auch  
61 bei der Schaffung eines gemeinsamen Kultur- und Tourismusraumes als  
62 Koordinations-Institution fungieren. Als Ausgangspunkt könnte der Oberlausitzer  
63 Sechsstädtebund dienen, der 1991 wiederbelebt wurde, in seiner Strahlkraft aber  
64 noch ausbaufähig ist.

## 65 **II. Die Energieregion der Zukunft schaffen**

66 Unsere Lausitz wird oft als Energieregion bezeichnet. Vor 1990 war die  
67 Energiewirtschaft auf Basis der Braunkohle der bedeutendste Arbeitgeber. Über 90  
68 Prozent dieser Arbeitsplätze sind in den 1990iger Jahren weggefallen. Heute  
69 liegt die Anzahl der direkt in der Energiewirtschaft Beschäftigten bei nur noch  
70 etwa 2.000 im Sächsischen und etwa 6.000 im Brandenburger Teil. Zwar liegt der  
71 größte Teil des Abschiedes von der Kohle somit bereits hinter uns, ein von der  
72 Brandenburger Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten geht allerdings  
73 davon aus, dass selbst bei Fortsetzung der Kohleförderung und -verstromung auf

74 heutigem Stand bis 2030 gegenüber 2010 jeder zweite Arbeitsplatz dem  
75 Kostensenkungsdruck durch Rationalisierung zum Opfer fallen würde.

76 Die heute geringere Bedeutung von Braunkohlebergbau und -kraftwerken für  
77 Wertschöpfung und Beschäftigung könnte dazu genutzt werden, den Titel  
78 „Energierregion“ in Frage zu stellen. Oder aber - und das ist unser bündnisgrüner  
79 Ansatz - man besetzt diesen Titel als Energierregion der Zukunft neu.  
80 Zielstellung ist ein neues Cluster für Energie- und Umwelttechnik mit  
81 wissensintensiven Betätigungsfeldern. Die alten Konzernstrukturen müssen durch  
82 ein Zusammenspiel vielfältiger kleinerer Einheiten ersetzt werden, die entlang  
83 ihrer Wertschöpfungskette in vielen kleinteiligen Maßnahmen große  
84 Beschäftigungspotenziale entwickeln. Sie schaffen darüber hinaus für die  
85 Kommunen flächendeckend Einnahmemöglichkeiten aus Pacht und Gewerbesteuer.

#### 86 **Fachkräften eine Perspektive geben**

87 Die vielen qualifizierten und erfahrenen Fachkräfte in gut bezahlten  
88 Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit  
89 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht  
90 aufgeben - nicht nur, um die Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern  
91 auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen Umstieg zu ermöglichen.  
92 Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern  
93 ihnen vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der  
94 Braunkohlebranche wie Verfahrenstechniker, Maschinenbauer, Elektrotechniker,  
95 Mechatroniker usw. sind nicht auf den Energieträger festgelegt und werden für  
96 die Transformation zur zukunftsfähigen Energierregion gebraucht. Diese in der  
97 Region vorhandenen Kompetenzen müssen entschlossen als Standortvorteil für die  
98 Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus dem Bereich der  
99 Energiewende genutzt werden.

100 Wir sehen etwa in groß angelegten Modellprojekten zu intelligenten Verteilnetz-  
101 und Erzeugerstrukturen und bei der Entwicklung und Machbarkeitsdemonstration von  
102 modernen dezentralen Versorgungssicherheitskonzepten Chancen in der Region.  
103 Das muss selbstverständlich durch Weiterbildungen wie Bildungsscheck flankiert  
104 werden. Dass das bundesweit funktioniert, liegt auf der Hand: Den  
105 deutschlandweit gerade noch rund 20.000 Arbeitsplätzen in der Braunkohle stehen  
106 heute mehr als 370.000 neue Jobs im Bereich der Erneuerbaren Energien gegenüber.  
107 Auch künftig wird die Energiewende ein Netto-Beschäftigungsmotor bleiben. Es  
108 kommt nun darauf an, dass auch die traditionsreiche Energierregion Lausitz diesen  
109 Trend nicht verschläft, sondern endlich davon profitiert!

110 Uns ist dabei bewusst, dass viele derzeit in der Braunkohlebranche nicht nur gut  
111 bezahlte Arbeitsplätze haben, sondern auch den Schutz durch Tarifbindung und  
112 Mitbestimmung genießen. In unserem Verständnis eines sozialverträglichen  
113 Strukturwandels kämpfen wir auch in den durch die Energiewende neu entstandenen  
114 Unternehmen für faire Arbeitsbedingungen und eine Berücksichtigung von  
115 ArbeitnehmerInneninteressen.

#### 116 **Vorhandene Infrastruktur für Erneuerbare nutzen**

117 Die vorhandenen Übertragungsnetzanbindungen des heutigen Kraftwerksparks bieten  
118 künftig gute Voraussetzungen zur Einbindung großer Kapazitäten Erneuerbarer

119 Energiequellen der Region. Sie stellen mit dem allmählichen Auslaufen der alten  
120 Kohlekraftwerke einen Standortvorteil dar. Darüber hinaus sind in der Region  
121 hunderte von Quadratkilometern vom Bergbau tiefgreifend geschädigt. Oft ist für  
122 weitere Jahrzehnte weder Besiedelung noch ökonomisch sinnvolle  
123 landwirtschaftliche Nutzung möglich.

124 Eine Zwischennutzung solcher Flächen für Solar - und Windenergieerzeugung  
125 stellt somit im Unterschied zum Kohletagebau keine endgültige Festlegung zur  
126 Flächenentwicklung in späteren Jahrzehnten dar.  
127 Auch Bioenergie, v.a. in Form von Kurzumtriebsplantagen ist  
128 erfolgsversprechend. Diese extensiven Kulturen haben neben der Energieerzeugung  
129 den Vorteil, aktiv zu Bodenverbesserungen und der Wiederherstellung einer  
130 funktionierenden Kulturlandschaft beizutragen. In der Landes- und  
131 Regionalplanung sollte das durch Ausweisung von geeigneten Vorrang- und  
132 Konzentrationsflächen Berücksichtigung finden.

### 133 **Lausitz als Partner der Energiewende**

134 Die Lausitz ist nicht nur Energieregion, sondern auch entwickelter  
135 Chemiestandort. Sie bietet deshalb exzellente Voraussetzungen und  
136 Entwicklungskapazitäten für die kommerzielle Entwicklung und industrielle  
137 Umsetzung der Power-to-Gas-Technologie. Sie ist eine der wichtigsten  
138 Voraussetzungen für die künftige Energiesicherheit und das Funktionieren der  
139 Energiewende in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität. Wir halten die  
140 Bündelung der Interessen von Energieversorgungs- und Chemieunternehmen sowie  
141 Betreibern von Strom- und Gasnetzen in einer wirtschafts- und  
142 technologiepolitisch entschlossenen unterstützten Power-to-Gas-Initiative für  
143 einen aussichtsreichen Weg, um hoch qualifizierte Beschäftigung in Wirtschaft,  
144 Forschung und Ausbildung zu schaffen und in einem enorm aussichtsreichen  
145 Wachstumsfeld langfristig zu sichern.

146 m Standort Kamenz wurde im letzten Jahrzehnt mit moderner Infrastruktur und  
147 hoher Fachkompetenz die industrielle Entwicklung von modernen Li-Ionen-Speichern  
148 betrieben. Eine fokussierte Wirtschaftsförderung ist erforderlich, um bei aller  
149 Dominanz asiatischer Hersteller von Speicherzellen vor Ort Geschäftsmodelle für  
150 Speicherlösungen im Endanwendermarkt nachhaltig zum Erfolg zu führen und  
151 parallel an innovativen Speichertechnologien zu arbeiten.

152 Wenn wir unsere Lausitz als moderne Energieregion stärken wollen, gehört es auch  
153 dazu, bei der Elektromobilität voranzugehen. Das gilt v.a. für die konsequente  
154 Elektrifizierung des öffentlichen Verkehrs wie Zügen, Straßenbahnen und  
155 Busflotten. Für Pedelecs, eBikes, etc. muss die entsprechende Infrastruktur  
156 bereitgestellt werden. PKW-Flotten von Dienstwagen und Car-Sharern, die  
157 vorwiegend regional eingesetzt werden, können ebenfalls durch E-Autos dominiert  
158 werden. So würde das Label Energieregion auch im Alltag vieler Menschen noch  
159 sichtbarer und würde von der positiven Besetzung der E-Mobilität profitieren.

### 160 **III. Mittelständische Vielfalt pflegen und erweitern**

161 Längst hat sich in der Lausitz ein wirtschaftliches Profil neben der Braunkohle  
162 entwickelt. Kleine und mittlere Unternehmen sind in der Lausitz prägend. Etwa 90

163 % der Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte. Im Vergleich zu Gesamt-  
164 Ostdeutschland ist die Wirtschaft in der Lausitz sogar stärker diversifiziert  
165 und besser gewappnet gegen konjunkturelle Schwankungen. Denn  
166 Zweigniederlassungen großer Konzerne kommen und gehen, inhabergeführte, kleine  
167 und mittlere Unternehmen bleiben. Die unterschiedliche Struktur der  
168 Wirtschaftsförderung in Sachsen und Brandenburg führt zu Kommunikationsdefiziten  
169 und Mehraufwand für die Unternehmen. Sie sollte für die Lausitz harmonisiert  
170 werden und insbesondere auf die unzähligen kleinen Unternehmen abzielen. Diese  
171 scheitern oft am hohen bürokratischen Aufwand für ungewisse Projektanträge.  
172 Auch sollte die Lausitz national und international als Gesamtregion vermarktet  
173 werden.  
174 Es gibt einige Indikatoren, die zum Problem für die vielen kleinen Unternehmen  
175 werden könnten: Da ist zum Einen der dramatische Rückgang von qualifizierten  
176 Erwerbspersonen, um ca. 36 Prozent bis 2030. Das betrifft nicht nur die  
177 Mitarbeiter- sondern auch die Chefebene: Etwa 7.500 Unternehmen mit im Schnitt  
178 zehn Beschäftigten fehlt momentan ein Nachfolger! Dazu kommen die bisher  
179 niedrige Auslandsverflechtung und geringe Forschungs- und  
180 Entwicklungsaktivitäten. Zwei der wirklich entscheidenden Fragen dafür, ob mehr  
181 dieser kleinen Unternehmen wachsen und expandieren können sind daher die  
182 Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft und die Sicherung und Gewinnung von  
183 Fachkräften.

184 Regionale Märkte sollten regional erschlossen werden. In der Lausitz gilt das  
185 z.B. für die Sanierung und Rekultivierung der vom Bergbau geschädigten Flächen.  
186 Wir wollen die Finanzierung guter Folgenutzungsstandards für Bergbauareale auf  
187 langfristig gesicherte, kräftige Füße stellen und damit langfristige  
188 Perspektiven für dafür tätige Unternehmen schaffen. Die Nachfrage der  
189 umliegenden Metropolen nach ökologisch produzierten Lebensmitteln wird bei  
190 weitem noch nicht regional abgedeckt. Hier hat die Landwirtschaft, die viele  
191 Flächen an den Bergbau abgeben musste, eine neue Chance nachhaltige regionale  
192 Wertschöpfung zu erzielen. Viele Kreative aus den Metropolen Berlin, Dresden und  
193 Leipzig suchen wieder verstärkt Ruhe und ländliche Idylle. Die Lausitz hat viele  
194 Freiräume für innovative Lebensformen und sollte diese auch offensiv anpreisen.

#### 195 **IV. Bildung und Forschung verbessern und fördern**

196 Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen in der Nieder- und Oberlausitz. Ihre  
197 Bedeutung gilt für den wirtschaftlichen Strukturwandel, für den Fachkräftebedarf  
198 wie auch für die Lausitz als kulturell-geistige Transferregion nach Ost- und  
199 Mitteleuropa. Die Hochschulen in Zittau/Görlitz, das universitäre Internationale  
200 Hochschulinstitut Zittau (IHI), die BTU Cottbus-Senftenberg, das Fraunhofer-  
201 Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik IWU in Zittau sind wichtige  
202 Standort- und Wirtschaftsfaktoren. Sie sollten ihre Autonomie nutzen, um ein  
203 Profil um die Alleinstellungsmerkmale der Lausitz herum zu entwickeln. Der vor  
204 den Toren der Wissenschaftseinrichtungen real stattfindende Strukturwandel von  
205 einer Braunkohle-Bergbauregion hin zu einer Energieregion der Zukunft muss zu  
206 einer Verzahnung von Unternehmen und Wissenschaft gerade im ingenieurtechnischen  
207 Bereich genutzt werden.

208 Die notwendige Sanierung und Rekultivierung von Bergbaufolgelandschaften bieten  
209 ein weites Feld für die Umweltwissenschaften. Auch für die Architektur bietet

210 die Lausitz Einzigartiges: Die besondere Architektur im sorbischen/wendischen  
211 Siedlungsgebiet, die vielen Kleinstädte mit historischen Stadtkernen und die  
212 sozialistischen Bauweisen und der Stadtumbau Ost insbesondere in  
213 Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda befinden sich alle in direkter Umgebung der  
214 BTU. Das neue Forschungsprofil des neuen Hochschulentwicklungsplans der BTU  
215 Cottbus/Senftenberg greift einige dieser Punkte bereits auf. Dieser Weg muss  
216 konsequent weiter verfolgt und mit Leben gefüllt werden.

217 Wir müssen die Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen  
218 stärker darin unterstützen, ihre Funktion als Innovationskerne für die regionale  
219 Wirtschaftsentwicklung auszubauen. Dreh- und Angelpunkt für die wirtschaftliche  
220 Neuausrichtung einer Region ist heutzutage das Thema Innovation. Ohne neue  
221 Produkte oder Dienstleistungen wird ein Strukturwandel kaum erfolgreich sein.  
222 Diese wiederum setzen Forschung voraus, die in Ostdeutschland zu zwei Dritteln  
223 in staatlich geförderten Forschungsinstituten stattfindet.

224 ür die Region könnte ein anwendungsorientiertes Forschungsinstitut, z.B. ein  
225 Fraunhofer Institut oder Einrichtungen der Leibniz- oder Helmholtz-Gesellschaft,  
226 für benötigte Innovationen sorgen. Hier gilt es beim Bund dafür zu werben und  
227 beim Land die Beteiligung am Betrieb sicherzustellen. Die Forderung nach einem  
228 anwendungsnahen Forschungsinstitut für innovative Antriebstechnologie  
229 (Elektromobilität) aus dem Konzept des Regionalen Wachstumskerns Cottbus  
230 bewerten wir vor diesem Hintergrund positiv. Auch das neue Forschungszentrum für  
231 Nachhaltige Landschaftsentwicklung an der BTU, dass sich in den kommenden 15  
232 Jahren mit der Aufforstung des Geländes, Belastungen von Gewässern und  
233 Alternativen zur traditionellen Landnutzung befassen soll, begrüßen wir.

234 Auch für die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften spielt die Zusammenarbeit  
235 von Bildungseinrichtungen und Unternehmen eine Rolle. Existenzgründer brauchen  
236 Beratung und Begleitung. In manchen Fällen ist eine Betriebsübernahme sinnvoller  
237 als eine neue Existenzgründung. Ein Unternehmenspool für Praktika und  
238 Abschlussarbeiten kann Studierende und lokale Unternehmen zusammen bringen. Die  
239 Technologietransferstellen an den Hochschulen sind ein guter Ansatz aber zu oft  
240 sitzen dort Einzelkämpfer mit schlecht bezahlten und befristeten Stellen. Die  
241 Effektivität dieser Stellen lässt bisher zu wünschen übrig.

242 Die Lausitz benötigt ein modernes und tragfähiges Schulnetz, das insbesondere  
243 der demographischen Entwicklung gerecht wird: Wohnortnahes und längeres  
244 gemeinsames Lernen in inklusiven Schulen sind das Gebot der Stunde. Konzepte des  
245 jahrgangsübergreifenden Unterrichts müssen weiterhin umgesetzt werden. Die  
246 Vielfalt von öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft ist dabei  
247 eine Bereicherung.

248 Selbstverständlich sollten inhaltlich die Besonderheiten der Region aufgegriffen  
249 werden. Anerkennung von Kompetenzen in Nachbarsprachen und Interkultur haben  
250 einen besonders hohen Stellenwert. Bestehende Ansätze des „grenzenlosen Lernens“  
251 sind weiterzuführen sowie in ihrer Qualität zu sichern und auszubauen. Auf eine  
252 Durchgängigkeit des Erlernens der Nachbarsprachen ist hinzuwirken: Die Lausitz  
253 soll aufbauend auf den Erfahrungen des wissenschaftlich begleiteten Witaj-  
254 Projektes in sorbischen/wendischen Kindertagesstätten das „Modellprojekt 4 -

255 Sprachen -Land" begründen. Bereits von der Kita an wird die durchgehende  
256 Mehrsprachigkeit über die Grundschule bis in alle weiterführenden Schulen in den  
257 Sprachen Deutsch, Sorbisch/Wendisch, Polnisch und/oder Tschechisch garantiert.

258 Vielfalt in der Bildung ist das wichtigste Stichwort: Wir brauchen nicht nur  
259 AkademikerInnen sondern ebenso gut HandwerkerInnen und FacharbeiterInnen; wir  
260 brauchen die kreativen WissensarbeiterInnen genauso wie die flexiblen  
261 FreiberuflerInnen - alles beginnt mit Bildung und Bildungslandschaft. Dringend  
262 brauchen wir Sprachbildung und Bildung in Kulturkompetenz - das Dreiländereck  
263 braucht diese Schlüssel, um aufgeschlossen zu werden - im doppelten Sinne. Es  
264 geht nicht nur um Fachkräfte - es geht um "Köpfe und Talente" mit vielfältigen  
265 Bildungsbiografien.

## 266 **V. Die Lausitz mobil machen**

267 Die Lausitz als zentraleuropäische Region ist dank historischer Verbindungen in  
268 alle Himmelsrichtungen (Breslau/Schlesien im Osten, Berlin im Norden,  
269 Dresden/Leipzig im Westen sowie Böhmen im Süden) verkehrlich relativ gut  
270 angebunden. Sowohl das Straßen- als auch Schienennetz ist relativ dicht. Die  
271 verkehrspolitische Schwerpunktsetzung seit der Deutschen Einheit hat dazu  
272 geführt, dass der Fernstraßen- und Autobahnausbau in der Nieder- und Oberlausitz  
273 forciert angegangen und damit der europaweite Transitverkehr vor allem von und  
274 nach Polen verstärkt angezogen wurde.

275 Gegensätzlich verlief die Entwicklung beim Schienenverkehr: Das Angebot wurde  
276 massiv ausgedünnt, so dass selbst auf wichtigen regionalen Verbindungen wie  
277 zwischen Hoyerswerda und Bautzen heute keine Züge mehr verkehren. Insbesondere  
278 die Süd-Nord-Verbindungen über die Landesgrenze wurden zu Gunsten der  
279 Ausrichtung des Bahnangebotes von und nach Dresden und auf den Raum Berlin  
280 vernachlässigt. Es gilt sowohl Schienenverbindungen zu erhalten und auszubauen,  
281 als auch erfolgte Streckenstilllegungen, Bahnhofsschließungen und  
282 Einschränkungen des Zugverkehrs rückgängig zu machen. Die Oberlausitz muss auch  
283 aus Berlin und die Niederlausitz aus Dresden gut erreichbar sein. Das ist sowohl  
284 für den Tourismus als auch für Pendlerströme von großer Bedeutung. Die  
285 Zersplitterung der Lausitz in mehrere Verkehrsverbünde (VBB, ZVON und VVO) ist  
286 hier eher hinderlich.

287 Innerhalb der Lausitz wurde der ÖPNV vermeintlich aufgrund der demographischen  
288 Entwicklung immer weiter ausgedünnt, wobei die Schiene zusätzlich benachteiligt  
289 ist. Für den innerregionalen Verkehr benötigt die Lausitz jedoch neue Ansätze,  
290 um die Folgen von Abwanderung und Geburtenrückgang abzufedern und um bezahlbare  
291 und umweltverträgliche Mobilität auch in Zukunft flächendeckend und für alle  
292 Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.  
293 Fahrpläne - insbesondere von Bussen und Bahnen - müssen aufeinander abgestimmt  
294 und Takte verbessert werden, damit Reisende die gewünschten Ziele auch ohne Auto  
295 in angemessener Zeit erreichen können. Eingleisige Flaschenhälse, wie z.B. in  
296 Königs Wusterhausen oder zwischen Lübbenau und Cottbus, führen zu ständigen  
297 Verspätungen und damit einer niedrigen Attraktivität des Angebots und gehören  
298 beseitigt. Einige Vorschläge aus dem Gutachten „Brandenburg bewegt sich" sowie  
299 der bündnisgrüne Masterplan Sachsentak 21 bilden dafür eine gute Grundlage.

300 Alternative Bedienformen wie Bürgerbus, Anrufbus oder Kombibus müssen auf die  
301 Anforderungen einer dünn besiedelten Region zugeschnitten werden.

302 Auch mehr als 25 Jahre nach Öffnung der Grenzen und mehr als zehn Jahre nach dem  
303 Beitritt Polens zur Europäischen Union treffen Bahnfahrergäste zwischen  
304 Deutschland und Polen auf ein unzureichendes Angebot an grenzüberschreitenden  
305 Fernverkehrsverbindungen. Das heutige Angebotsniveau im grenzüberschreitenden  
306 Verkehr zwischen der Lausitz und Schlesien wird der Bedeutung der Verbindungen  
307 insbesondere vor dem Hintergrund der europäischen Integration in keiner Weise  
308 gerecht. Im Vergleich zu den übrigen Nachbarstaaten ist das jetzige Angebot  
309 zwischen Deutschland und Polen in dieser Region sehr entwicklungsfähig, da der  
310 heutige Fahrplan keine überregionalen Verbindungen mit ansatzweise  
311 konkurrenzfähigen Angeboten und Fahrzeiten enthält. Es bestehen außerdem immer  
312 noch erhebliche Defizite bei der grenzüberschreitenden Eisenbahninfrastruktur.  
313 Die Bahnverbindungen Berlin-Cottbus-Wroc?aw und Dresden-Görlitz-Wroc?aw müssen  
314 so bald wie möglich mit attraktiven Fahrzeiten wieder aufgenommen werden. Auf  
315 beiden Strecken müssen zügig die fehlenden Elektrifizierungen realisiert werden.  
316 Die Erhöhung der Taktfrequenz der Strecke Forst-?ary-?agan-Legnica sowie eine  
317 Verlängerung nach Cottbus bzw. Wroc?aw ist zu prüfen.

318 Als Energieregion muss unsere Lausitz auch beim Thema Elektro-Mobilität  
319 vorangehen. Gerade der öffentliche Verkehr sollte nicht mit fossilen  
320 Energieträgern aus dem Ausland betrieben werden, sondern mit Strom - am besten  
321 natürlich in heimischen Erneuerbare-Energie-Anlagen produziert. Fahrzeuge des  
322 Öffentlichen Verkehrs prägen das Straßenbild und teilweise sogar das  
323 Landschaftsbild. Werden alle Züge, Straßenbahnen, Busse konsequent  
324 elektrifiziert, wird die Energieregion auch für Menschen aus nicht-Energie-  
325 Branchen im Alltag erfahrbar.

326 Die positive Besetzung des Begriffs Elektromobilität kann damit eine positive  
327 Identifikation herbeiführen. Viele der neuen innovativen individuellen Gefährte  
328 mit elektrischer Unterstützung wie Pedelecs, eBikes, etc. benötigen spezielle  
329 Infrastruktur. Von sicheren Abstellmöglichkeiten mit Ladestation hängt auch die  
330 Bereitschaft ab, an den Umsteigeorten zu Bussen und Bahnen das Verkehrsmittel zu  
331 wechseln. Gerade für den Pedelecs und eBikes sollten die Voraussetzungen  
332 geschaffen werden, da diese längere Entfernungen mit dem Rad ermöglichen und im  
333 Tourismussektor eine immer größere Nachfrage erfahren.

## 334 **VI. Kultur, Landschaft und Geschichte bewahren und entwickeln, Tourismus** 335 **ausbauen**

336 Die kulturellen und touristischen Potentiale der Lausitz sind groß. Vom  
337 Spreewald bis zum Lausitzer Seenland über das Biosphärenreservat Oberlausitzer  
338 Teich- und Heidelandschaft bis ins Zittauer Gebirge oder auf den Spuren  
339 europäischer Geschichte in Lübbenau, Spremberg oder Görlitz - die Lausitz hat in  
340 einer Vielfalt Themen zu bieten, die sie einzigartig macht. Dazu trägt eine  
341 Kulturlandschaft bei, die neben dem Weltkulturerbe in Bad Muskau eine dichte  
342 Theaterlandschaft, hervorragende Museen als auch vielfältige basiskulturelle  
343 Initiativen wie Heimatvereine oder soziokulturelle Zentren kennt. Darüber hinaus  
344 liegen die Kulturmetropolen Berlin und Dresden in unmittelbarer Nähe sowie

345 Breslau und Prag in erreichbarer Entfernung. Wir setzten uns für eine deutlich  
346 stärkere Förderung der gesamten Kulturlandschaft ein. Denn dies stärkt die  
347 Lebensqualität und damit den Standort Lausitz, Voraussetzung für eine  
348 zukunftsfähige Entwicklung.

349 Mit der IBA im Norden, Landesgartenschauen und Landesausstellungen in der Mitte  
350 und im Süden wurde und wird seit 20 Jahren der Wandel der Region hin zu einer  
351 touristisch attraktiven Freizeit- und Erholungsregion schrittweise vollzogen.  
352 Aktuell drohen die ersten Erfolge durch die Verockerung und Versäuerung der  
353 Spree wieder zunichte gemacht zu werden. Deshalb muss neben Sofortmaßnahmen vor  
354 Ort die Bekämpfung der Schäden bei den aktuellen Braunkohletagebauen nachhaltig  
355 angegangen werden. Braunkohletagebau und Tourismus sind nebeneinander kaum  
356 vereinbar. Nach der äußeren Transformation einer Bergbaulandschaft, verfallender  
357 Städte und eines Schwarzen Dreiecks benötigt dieser notwendige innere  
358 Imagewandel immer noch relativ viel Aufmerksamkeit. Hierfür ist die Arbeit im  
359 Rahmen der Internationalen Bauausstellung eine gute Orientierung.

360 Innerhalb und außerhalb der Lausitz hat die Region bessere Chancen, wenn sie mit  
361 einer Identität auftritt und sich gemeinsam vermarktet mit der Marke „Lausitz“.  
362 Image und Potential dieser Marke können nur so gut sein, wie es gelingt sie in  
363 der Region mit Identität und Leben zu füllen. Deshalb sollen die  
364 unterschiedlichen touristischen Formate differenziert und in ihrer Besonderheit  
365 herausgestellt, aber immer vernetzt in Bezug auf das Verbindende dargestellt  
366 werden: Vom Spreewald über die Lausitzer Seenlandschaft bis in die Oberlausitz.  
367 Dafür sind die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen  
368 zu schaffen. Eine stärkere Verzahnung mit den angrenzenden Regionen Iser- und  
369 Riesengebirge, Sächsisch-Böhmische Schweiz bzw. den vier Kulturmetropolen wertet  
370 die Lausitz auf.

371 Einer der dichtesten Theaterlandschaften Deutschlands in den Ober- und  
372 Mittelzentren steht eine vielfältige durch Institutionen, Projekte und Aktionen  
373 gekennzeichnete Kulturlandschaft in den ländlichen Gebieten der Ober- und  
374 Niederlausitz zur Seite. Museen und Bibliotheken beherbergen einzigartige  
375 Kulturschätze und sind seit Jahrhunderten bis heute Quelle geistiger Inspiration  
376 wie auch Ort der eigenen Vergewisserung in der Geschichte. Von deren besonderen  
377 kulturellen Qualität künden Traditionen wie auch Schöpferkraft in aktuellen  
378 Beiträgen zur sächsisch-brandenburgischen, deutschen wie auch internationalen  
379 Kultur. Die geographische Nähe zu Polen und Tschechien fordert insbesondere von  
380 der Kultur einen Beitrag, der die Grenzen immer wieder hinterfragt und sie für  
381 Gemeinsames öffnet, ohne das Eigenen zu verlieren. Auch der "innere Imagewandel"  
382 der Lausitz kann hiermit begleitet werden.

383 Auch wenn Görlitz 2010 noch nicht „Kulturhauptstadt Europas“ wurde, zeigen  
384 solche kommunalen Initiativen, welches Potential zur Entwicklung und Vermarktung  
385 nicht der Stadt sondern der gesamten Region in ihr stecken. Wir müssen in  
386 Zukunft solche Initiativen als regional bedeutsam begreifen und entsprechend  
387 unterstützen. An diesem Beispiel lässt sich ablesen wie Kultur und Tourismus  
388 sich vor allem im Bereich des Marketings nach außen wie nach Innen für eine  
389 stärkere Wahrnehmbarkeit noch besser verbinden lassen.



390 Die Nieder- und die Oberlausitz ist seit 1.400 Jahren die Heimat der Sorben und  
391 Wenden. Die gemeinsame bikulturelle Entwicklung hat in den vergangenen  
392 Jahrhunderten den Kulturraum Lausitz geprägt. Auch wenn dieser als ein  
393 zusammengehörender Raum von Ober- und Niederlausitz nie existierte, so war er  
394 immer durchlässig und hat auf Herkunft, Eigensinn und Heimat bezogene differente  
395 aber miteinander vereinbare Identitätsbezüge geschaffen.  
396 Diese prägen die Menschen und sind Wertequellen ihrer Identität. Wenn heute noch  
397 Dörfer dem Braunkohleabbau weichen sollen, da die Brandenburgische und  
398 Sächsische Landesregierung der Braunkohleindustrie einen höheren Stellenwert  
399 einräumt als der Heimat der Sorben und Wenden, widerspricht das nicht nur den  
400 verfassungsmäßigen Rechten der Sorbischen/Wendischen Minderheit, sondern legt  
401 auch Hand an unser gemeinsames kulturelle Erbe in der Lausitz.

402 In Zukunft gilt es auch den dann erfolgten Strukturwandel erleb- und erfahrbar  
403 zu machen. Das Ruhrgebiet bzw. Essen haben es 2010 als Kulturhauptstadt  
404 vorgemacht, wie mit einem vergangenen industriellen Erbe offensiv umgegangen  
405 werden kann. Ausrangierte Großbagger, Grundwasserabsenkpumpen, Förderbänder und  
406 sonstige Gerätschaften aus der Braunkohle-Ära können den Wandel in der  
407 Energielandschaft hervorragend verdeutlichen. Da diese Dinge aus der  
408 industriellen Binnensicht eher mit einer pragmatischen industriellen  
409 Nutzenbewertung angesehen werden, gilt es die Neugierde von Menschen außerhalb  
410 der Lausitzer Bergbaubranche an den ingenieurtechnischen Leistungen zu nutzen.  
411 Hier gilt es vorschnellen Verschrottungen vorzubeugen. Die Energie-Route Lausitz  
412 ist dafür ein guter Anfang.

#### 413 **VII. Die Lausitz als einladende Region stärken**

414 Die demografische Entwicklung ist eine der größten Herausforderungen für die  
415 Lausitz. Ein ernsthafter Diskurs findet so gut wie nicht statt. Dabei ist es  
416 wichtig, zu differenzieren und auch hier den zweiten Blick zu wagen. Es ist  
417 völlig in Ordnung, dass junge Menschen nach den Schuljahren weggehen und  
418 woanders wertvolle Erfahrungen und Kompetenzen sammeln. Zum Problem wird, dass  
419 es der Region nach wie vor nicht gelingt, genug Weggegangene zur Rückkehr zu  
420 bewegen - und dabei ist es evident, wie Studien des IfL Leipzig [Return -  
421 Projekt] zeigen, dass nicht die rein monetäre Komponente entscheidend ist für  
422 eine Rückkehrentscheidung.

423 Es gelingt der Region bisher nicht, die Menschen, die zumeist gut qualifiziert  
424 sind, an dem Punkt abzuholen, wo sie essentielle Entscheidungen treffen für  
425 ihren Arbeits- und Lebensmittelpunkt. Das Thema Familiengründung spielt dabei  
426 eine große Rolle. Auch die Frage nach der Möglichkeit für den Partner/ die  
427 Partnerin, hier berufstätig zu sein, ist Komponente des komplexen  
428 Entscheidungsprozesses. Die Lausitz hat mit ihrer bisherigen wirtschaftlichen  
429 Ausrichtung insbesondere ein Defizit bei den Möglichkeiten für  
430 hochqualifizierte, junge Frauen. Dabei geht es nicht nur um Berufsmöglichkeiten  
431 - es geht auch um Außenkommunikation.

432 Der Blick für Frauen fokussiert noch zu oft auf ihre Eigenschaften als Mutter  
433 und nicht auf ihre Potenziale, die zur gesamten Regionalentwicklung hilfreich  
434 sein könnten. Hier zeigt sich, dass neben den harten Faktoren der guten

435 Arbeitsbedingungen, Tariflöhne und sichere Beschäftigungsverhältnisse auch die  
436 Faktoren entscheidend sind, die die Zeit abseits des Berufslebens prägen: Das  
437 Gute Leben und das Gute Wohnen.  
438 Im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen Ostdeutschlands steht die Lausitz  
439 wirtschaftlich nicht schlechter da, die landschaftliche Schönheit, verbunden mit  
440 dem Lausitzer Seenland, eingebunden in die durch Städtearchitektur sich  
441 ausdrückende historische Bedeutung erkennt man als Potentiale und sieht damit  
442 die Entwicklungschancen für die Zukunft.

443 Die Politik kann weitere Voraussetzungen schaffen. Die Verfügbarkeit der  
444 Breitbandinfrastruktur ist in der Lausitz unterdurchschnittlich. Dadurch droht  
445 die Lausitz von den großen Agglomerationen abgehängt zu werden. Die  
446 Verfügbarkeit von Breitband mit mindestens 50 MBit/s Geschwindigkeit ist in der  
447 heutigen Zeit ein Muss, gerade wenn es, um das Anlocken sowohl der Kreativszene  
448 aus den umliegenden Metropolen als auch der neuen Berufsbilder, die Homeoffice  
449 ermöglichen, geht. Um kreative Menschen anzuziehen und zu halten, braucht die  
450 Lausitz auch eine positive Selbstidentifikation und eine offene Gesellschaft.  
451 Kommunen, die im Werben um Zuzug junger Familien und qualifizierter  
452 (internationaler) Fachkräfte erfolgreich sind, zeichnen sich durch ein offenes,  
453 familienfreundliches und tolerantes Zusammenleben aus.

454 Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit, neonazistische Gewalttaten und  
455 Wahlerfolge extremer Parteien schrecken dagegen ab. Wir wollen in der Lausitz  
456 eine aktive Bürgergesellschaft, die die Kraft hat, sich entstehenden oder  
457 regional bereits verankerten rechtsextremen und rassistischen Kräften vor Ort  
458 entgegenzustellen und Demokratie, Menschenrechte für alle und  
459 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Zivilgesellschaftliche Initiativen  
460 aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen Opfern und werben  
461 öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Damit wirken sie  
462 langfristig präventiv in die Gesellschaft hinein und können menschen-feindlichen  
463 Haltungen die Grundlage entziehen.

464 ie Lausitz als europäische Grenzregion wird nur als offene und lebendige  
465 Bürgergesellschaft erfolgreich sein. Die Kommunen können ihren Teil dazu  
466 beitragen in dem sie ernsthaft demokratische Teilhabe betreiben. Gelebte  
467 Mitbestimmung, Bürger-haushalte und Vorschlags-Instrumente wie der Maerker  
468 können auch in der Lausitz für Zufriedenheit und positive Identifikation sorgen.

469 Fachkräftegewinnung geht nicht ohne Willkommenskultur: Die Lausitz braucht eine  
470 grenzüberschreitende Fachkräftestrategie. Nur eine tolerante und weltoffene  
471 Region Lausitz ist attraktiv für ausländische Fachkräfte. Asylbewerber wollen  
472 wir durch frühzeitige Sprachkurse und die schnelle und unbürokratische  
473 Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen in den Arbeitsmarkt integrieren.  
474 Gerade Ärzte und Fachkräfte für soziale Einrichtungen werden in der Lausitz  
475 dringend gebraucht, um den Alltag für viele Menschen zu erleichtern.

476 Regionale Projekte, die Rückkehrer und Berufspendlern anwerben, wollen wir  
477 ausbauen und vernetzen. Es gilt darum ein positives Außenbild der Lausitz  
478 vermitteln zu können. Die Lausitz muss Menschen willkommen heißen, denn sie  
479 braucht sie alle: RückkehrerInnen, Fachkräfte und ZuwanderInnen.

# Antrag

**AntragsstellerIn:** LAG Gesundheit und Soziales

**Gegenstand:** Fachkräfteentwicklung in der Pflege

## 1 Antragstext

2 Die LDK möge beschließen:

3 Die Problemlagen der demographischen Entwicklung zeigen sich in besonders  
4 deutlichem Maße am Beispiel der Fachkräfteentwicklung in der Pflege. Die  
5 Prognosen gehen von immer mehr älteren Menschen, mit entsprechend mehr  
6 Pflegefällen aus. Eine Konsequenz daraus ist ein steigender Bedarf an  
7 Pflegefachkräften. Gleichzeitig wird eine sinkende Zahl Erwerbstätiger  
8 prognostiziert. Es droht ein Pflegenotstand.

9 Bündnis 90 - Die Grünen in Brandenburg bekennt sich zu dem Ziel im politischen  
10 Handeln die Maßnahmen zu unterstützen, die helfen, dass Menschen möglichst spät  
11 einer häuslicher Pflege bedürfen, unbeschadet dem Ziel, Menschen möglichst zu  
12 Hause und nicht stationär zu pflegen.

13 Gleichwertig verfolgt die Partei das Ziel, den Pflegeberuf in seiner  
14 Attraktivität zu stärken.

15 Vier Punkte aus dem zu entwickelnden Maßnahmenpaket zum Erreichen dieser Ziele  
16 seien hier beispielhaft genannt:

- 17 • Deutschland als Einwanderungsland schafft Entlastungen auf dem  
18 angespannten Arbeitsmarkt.
- 19 • Familiäre Pflege muss so anerkannt sein, dass diese Option auch  
20 angesichts einer zukünftig hohen Beschäftigungsquote attraktiv ist.  
21 Dazu müssen die Ansätze der Freistellung, der Anerkennung bei  
22 Rentenwerten und des Pflegegeldes weiterentwickelt werden. Wir setzen  
23 uns ein für eine Pflegezeit, die durch eine dreimonatige Freistellung  
24 Menschen kurzfristig die Möglichkeit gibt, sich um die Versorgung  
25 pflegebedürftiger Angehöriger oder Bekannter zu kümmern, um eine  
26 professionelle Pflege zu organisieren oder einen sterbenden Menschen  
27 begleiten zu können. Mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung  
28 soll dies für alle Erwerbstätigen finanziell abgesichert werden, auch  
29 für Selbstständige und Beamte.
- 30 • Die Attraktivität der Berufe, die sich mit der Pflege alter und  
31 kranker Menschen befassen, wird angehoben. Wir setzen uns ein für eine

32 bessere Entlohnung, soziale Sicherung, Qualifizierung sowie bessere  
33 Arbeitsbedingungen.  
34 • Die durchgängige Forderung grüner Politik zur gesundheitlichen  
35 Prävention erhält einen weiteren Schwerpunkt darin, für Menschen auch  
36 schon ab etwa dem 40 Lebensjahre Präventionsmaßnahmen aus dem Bereich  
37 Sport und Bewegung zu fördern. Denn nur, wer das Alter körperlich fit  
38 erreicht, wird sich weiterhin fit halten.

## **Begründung**

Die Landesregierung Brandenburg hat 2014 die „Brandenburger Fachkräftestudie Pflege“ herausgegeben. Die Fachkräftestudie zeichnet eine Prognose der Entwicklung der Pflege in Brandenburg bis zum Jahr 2030 auf. Im Kapitel Basisszenario (Seite 18) wird die Prognose zusammengefasst:.

Das sagt die Studie

"Die Pflegestatistik gibt keinen Hinweis darauf, dass sich die Brandenburger Pflegelandschaft in den letzten Jahren wesentlich verändert hätte. Weder ist die altersspezifische Pflegeprävalenz zurückgegangen, noch ist die Zahl an Beschäftigten je Pflegebedürftigen in der ambulanten und stationären Pflege signifikant gestiegen oder gesunken. Eine Status-Quo-Berechnung zur Zukunft der Brandenburger Pflege ist in vielen Bereichen durchaus plausibel.

Die Entwicklung zwischen 2009 und 2030 lässt sich auf der Bedarfsseite grob als Verdopplungsprozess beschreiben: Es ist mit fast doppelt so vielen Pflegebedürftigen zu rechnen, was allein eine Verdopplung des Bedarfs an Personal in der Pflege mit sich bringen wird. Versorgungsseitig wird sich die Situation ebenfalls zuspitzen: Das familiäre Pflegepotenzial wird vermutlich zurückgehen, so dass mehr professionelle Pflege nötig wird. Zugleich reduziert sich das Arbeitskraftangebot um fast ein Drittel und die branchenübergreifende Konkurrenz um Fachkräfte wird weiter zunehmen."

Dabei beschreibt die Studie den zukünftigen Mehrbedarf mit 700 bis 1.250 Stellen. Die vorhandenen Stellen müssen zugleich erhalten werden. Und dies bei einer insgesamt sinkenden Zahl von Erwerbstätigen bis 2030. Man wird aus einem schrumpfenden Potential tatsächlich mehr Menschen für diese Arbeit gewinnen müssen.

Derzeit gelten pflegende Berufe als unattraktiv. Sie werden schlecht bezahlt und leiden jetzt schon unter erheblicher Arbeitsverdichtung. Wir gehen jedoch davon aus, dass es immer Menschen geben wird, die sehr gerne helfende Berufe ausüben wollen. Es gilt, die Strukturen so zu verbessern, dass sie es auch wirklich tun.

Das sagt die Studie

"Die Studie identifiziert Handlungsfelder die dieser Situation gegensteuernd betrachtet werden können. Anhand von Best-Case Vergleichen entwickelt sie Gegenszenarien zum Basisszenario mit dem Ergebnis, bei geringem Kosteneinsatz den Herausforderungen gerecht werden zu können.

Die Handlungsfelder sind

- **Prävention und Rehabilitation**

Die beste Strategie zur Bewältigung des Fachkräfteproblems in der Pflege ist die Vermeidung

von Pflegebedürftigkeit. Aktuell gehört Brandenburg mit einem Anteil von über 3,8 Prozent Pflegebedürftigen an der Bevölkerung zu den Bundesländern mit der höchsten Pflegeprävalenz.

Der Bundesdurchschnitt liegt bei unter 3,1 Prozent und in Baden-Württemberg – als Bundesland mit der geringsten Pflegeprävalenz – sind nur knapp 2,6 Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig. (Studie S. 132)

- **Alternative Versorgungsstrukturen**

Im Rahmen der Brandenburger Fachkräftestudie Pflege konnten verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung und Optimierung der Versorgungsstrukturen herausgearbeitet werden.

Die Szenarien zeigen, welche Effekte zu erwarten wären, wenn die Versorgungsstruktur eines einzelnen Landkreises in ganz Brandenburg Gültigkeit hätte. (Studie S. 135)

- **Personaleffekt alternativer Betreuungsquoten**

Eine der zentralen Herausforderungen bei der Optimierung des Personaleinsatzes in der Pflege besteht darin, die hohe Versorgungsqualität trotz geringerem Fachkräfteeinsatz zu halten bzw. weiter zu entwickeln. (Studie S. 139)

- **Alternative Vollzeitquoten**

Neben der Optimierung der Betreuungsquote stellt die Ausweitung der Arbeitsleistung je Beschäftigten (Erhöhung der Vollzeitquote) ein mögliches Instrument zur Bewältigung des Fachkräfteproblems in der Pflege dar. (Studie S. 141)"

Die LAG Gesundheit und Soziales hat sich in den Jahren 2014 und 2015 intensiv mit der Studie befasst. Sie schlägt Folgendes zur Bewertung der Fachkräftestudie vor.

Die Studie ist eine gute und wichtige Ausgangsbasis für die anstehende Bewertung der Situation der Pflegefachkräfte. Auch wenn es in der Studie nur leise angedeutet wird, jede sinnvolle Veränderungsmöglichkeit intensiv weiter zu entwickeln, ist dringend geboten. Diese Weiterentwicklungen müssen durch politische und finanzielle Mittel des Landes angestoßen und begleitet werden. Die Studie macht deutlich, dass ohne konsequentes Handeln Pflege in Brandenburg nicht mehr in ausreichender Qualität zu gewährleisten ist und gleichzeitig hohe Kosten im Bereich Sozialhilfe zu erwarten sind.

### **Unterstützung pflegender Angehöriger**

Nur am Rande wird in der Studie die Frage der Entlastung durch pflegende Angehörige bedacht. Sie sind eine Form von freiwilliger Arbeit und in der Pflege eine sehr häufig vorkommende. In den Gesprächen sowohl mit dem Pflegestützpunkt als auch mit einer Ehrenamtsagentur wurde deutlich, dass jedes Angebot von Freiwilligen der Unterstützung durch Einweisung, Fortbildung und Supervision bedarf. Pflegende Angehörige neigen zudem dazu, sich rund um die Uhr einzubringen. Entlastungsangebote sind bereits entwickelt, werden aber nur selten angenommen.

### **Prävention und Rehabilitation**

Es lohnt, die Grundhaltung der Menschen zu einer aktiven Gesundheitsförderung schon früh zu fördern. Brandenburg hat eine überdurchschnittliche Quote an den Altersgruppen, die Pflegefälle sind. Eine Anpassung an den Bundesdurchschnitt, oder darunter, ist ein Ziel, dass eine effektive Entlastung der Prognose mit sich bringt. Allerdings müssen auch die Gründe für unser Abweichen vom Bundesdurchschnitt (oder gar von dem in dieser Frage besten Bundesland Baden-Württemberg) näher untersucht werden.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Menschen ab etwa 40 Jahren wieder körperlich zu animieren. In der Praxis scheitern Ansätze der Betriebe oftmals noch an rechtlichen Hürden. Eine Vereinfachung ist angezeigt.

Wir regen eine Ergänzung der Grundhaltung des Vereinssportes, hin zu reinen Bewegungstrainings, an.

### **Alternative Versorgungsstrukturen**

Hier geht die Studie davon aus, dass eine ambulante Pflege weniger Ressourcen benötigt als eine Stationäre und verweist auf die Situation im LK Uckermark mit einem hohen Anteil ambulanter Pflege.

Die LAG hat sich intensiv mit der Rolle und Wirkung von Pflegestützpunkten befasst. Unser Ergebnis war, dass im Wirkungsfeld der Pflegestützpunkte die ambulante Pflege situationsgerechter und im Ergebnis länger Zuhause durchgeführt werden kann, als ohne vergleichbare Betreuung. So werden erhebliche Kosten eingespart, was überwiegend den Krankenkassen zu Gute kommt.

Gleichwohl wird die Entwicklung weiterer Pflegestützpunkte derzeit nicht vorangetrieben. Weder sind diese Einrichtungen bei allen Betroffenen bekannt, (wenige Hinweise von Ärzten) noch können die jetzigen einzelnen Stützpunkte die gesamte Fläche Ihres Landkreises abdecken. Für eine deutliche Steigerung der Wirkung sind eigene Recherche und Hausbesuche notwendig.

Wir fordern den weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte.

### **Personaleffekt alternativer Betreuungsquoten**

Die Studie hat festgestellt, dass im Landkreis Prignitz mehr Menschen pro Pflegekraft betreut werden, als in anderen Landkreisen. Sie schließt daraus, dass eine Optimierung des Personaleinsatzes möglich sei.

Die LAG lehnt diese Schlussfolgerung ab. Ohne die Gründe für dieses statistische Ergebnis genauer zu kennen, sollte sich das Land seine Versorgungsstrategie nicht darauf zu stützen.

### **Alternative Vollzeitquoten**

Die Studie weist den hohen Anteil von Teilzeitkräften in der Pflege nach. Sie geht aufgrund von Betriebsvergleichen davon aus, dass eine höherer Vollzeitanteil erreichbar ist.

Die LAG verweist darauf, dass die Frage des Beschäftigungsumfanges nicht nur eine Arbeitgeber-seitige ist, sondern dass sich hierin auch Interessen der Mitarbeiterinnen widerspiegeln. Denn Pflegemitarbeiter sind zum überwiegenden Teil weiblich und haben erfahrungsgemäß noch weitere Belastungen zu tragen, die eine Vollzeitbeschäftigung unmöglich erscheinen lassen. Die Effekte eines höheren Beschäftigungsumfanges sind jedoch ein wichtiger Beitrag. Daher muss parallel an den Punkten weiter gearbeitet werden, die eine Entlastung der Frauen mit sich bringen.

Nicht in der Studie bearbeitet, aber in der Praxis schon vielfach beobachtet, ist der Einsatz von ausländischen Pflege(fach)kräften. Angesichts der Prognose sollten wir dieses begrüßen. Die Erfüllung unserer Forderung nach einer gesetzlich geregelten Einwanderung nach Deutschland und die zügige Integration von Flüchtlingen, sollte hier einen ausreichenden Rahmen schaffen können. Wichtig ist für Einwanderer auch, die deutsche Sprache zu lernen. Aber gerade in der Pflege älterer, evtl. dementiell Erkrankter wird man froh sein, Fachkräfte zu finden, die deren Muttersprache sprechen.

# Antrag

**AntragsstellerIn:** LAG Kultur

**Gegenstand:** **Kreativ, bunt und vielfältig: Lebendige Kunst und Kultur sind Brandenburgs Zukunft!**

---

## 1 Antragstext

### 2 **Brandenburg hat genug abgebaut!**

3 Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist der Anteil der Ausgaben für Kultur am  
4 Gesamtetat des Landes bescheiden. Die Kulturausgaben des Landes Brandenburg  
5 zählen zu den niedrigsten in ganz Deutschland. Der Etat für 'Kultur und Kirchen'  
6 umfasst ungefähr 0,78 Prozent des Landeshaushaltes, im Durchschnitt der Länder  
7 beträgt er dagegen 1,8 Prozent. Pro Kopf und Jahr gibt Brandenburg nur 96 Euro  
8 für Kultur aus, im Vergleich zu Sachsen, das 165 Euro investiert oder Berlin mit  
9 188 Euro. 56 Prozent der Kulturausgaben werden in Brandenburg von den Kommunen  
10 getragen und sind dort - weil freiwillig - jederzeit streichbar.

11 In den Neunziger Jahren und um die Jahrtausendwende wurden Kultureinrichtungen  
12 im ganzen Land großflächig abgewickelt und die Theaterlandschaft  
13 umgebaut. Inzwischen ist immerhin erreicht, dass der Kulturetat im Haushalt nicht  
14 weiter ausgedünnt wird. Auch wenn die Schuldenbremse näher rückt und das Land ab  
15 2019 keine neuen Schulden mehr machen darf, werden wir Bündnisgrünen uns dafür  
16 einsetzen, dass an der Kulturförderung nicht weiter gespart wird.

17 Die Frage nach Finanzierung und Fördermitteln ist ein Schwerpunkt der  
18 Kulturpolitik, oder besser: der Politik für die Kultur. Uns ist bewusst, wie  
19 weitläufig Kultur als Handlungsfeld ist, gerade bei einem offenen Ansatz. Darin  
20 sehen wir jedoch die Stärke des kulturellen Sektors in Brandenburg. Wir wollen  
21 hin zu einer stärkeren Verbindung von Querschnittsthemen, von ganz  
22 unterschiedlichen Themenfeldern und Menschen. Wir wollen Kultur in der Fläche  
23 sichtbar halten und für alle den Zugang zu Theater, Tanz, Oper, Musik, Bildender  
24 Kunst oder zu Museen erhalten bzw. ermöglichen.

25 Wir treten ein für faire Bedingungen und Chancen für den Kreativmarkt. Prekäre  
26 Situationen, der bürokratische Kampf und die Konkurrenz um Fördermittel  
27 entsprechen nicht unserem Ideal, wie Kultur sich entfalten kann. Als Bündnis



28 90/Die Grünen wissen wir jedoch, dass Kulturetats immer zu klein wirken und  
29 Kulturbetriebe schnell als zu teuer gelten.  
30 Kultur braucht Raum und Förderung um sich unabhängig entfalten zu können. Freie  
31 Kulturschaffende sollten sich nicht länger als Konkurrierende um einen immer  
32 kleiner werdenden Geldtopf sehen, sondern als gleichberechtigte PartnerInnen,  
33 die sich ergänzen, um die Kulturlandschaft zu bereichern. Wir wissen: Vom  
34 Applaus allein wird niemand satt. Deshalb setzen wir uns für Maßnahmen zur  
35 Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Kulturschaffenden ein,  
36 z.B. durch Ausstellungshonorare, befristete Honorarverträge, Honoraruntergrenzen  
37 an Musik- und Kunstschulen, Verbesserungen beim Zugang zu Krankengeld und  
38 Arbeitslosengeld.

39 Sie rentieren sich scheinbar nicht so wie Technologie- und Wirtschaftsförderung,  
40 dabei sind sie wichtige und langfristige Investitionen in die Gesellschaft, die  
41 Bildung unseres Landes und seiner BewohnerInnen. Die kulturelle Vielfalt kann  
42 harte wirtschaftliche Fakten liefern: sie ist für Brandenburgs Tourismusregionen  
43 mit ihren Besonderheiten bedeutsam, qualitätsvolle Bildungs- und  
44 Kulturangebotsstrukturen wie auch örtliche Baukultur sind Faktoren, die in  
45 Fragen von Weg- oder Zuzug positiv ausstrahlen, Denkmalpflege sichert  
46 kompetenten Fachhandwerkern ihr Auskommen. Nicht nur durch diese Verknüpfung  
47 schaffen kulturelle Träger und Einrichtungen einen beachtlichen Teil von  
48 Arbeitsplätzen, auch und gerade in strukturschwachen Regionen. Wir möchten in  
49 der Brandenburger Kulturlandschaft Akzente setzen und die teils versteckten  
50 Stärken der Brandenburger Kultur sichtbar unterstützen.

51 Brandenburgs gewachsene Kulturlandschaft darf nicht weiter Ziel von  
52 Sparmaßnahmen, verzögerten Investitionen und Konkurrenzort bei der  
53 Mittelverteilung sein. Auch bei angespannten Haushaltslagen steht für uns fest:  
54 Eine kaputtgesparte Kulturlandschaft kann keine anregenden Impulse zurück in die  
55 Gesellschaft geben, sie verleitet vielmehr dazu den gegenteiligen Eindruck zu  
56 erlangen.

57 Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der besseren Förderung der  
58 kulturellen Bildung. Musik- und Kunstschulen brauchen eine bessere Ausstattung.  
59 Der 2012 angekündigte 'Fonds für kulturelle Bildung' muss endlich eingerichtet,  
60 die 'Plattform kulturelle Bildung' mit ihren drei Regionalstellen Eberswalde,  
61 Lübbenau und Potsdam über 2017 hinaus finanziert werden.

62 Das jetzt etablierte Netz der Theater-, Orchester- und Museumslandschaft ist  
63 immerhin ein Aushängeschild für das Kulturland Brandenburg und sollte mit seiner  
64 Arbeit stärker in die Fläche strahlen wie auch bundesweite Beachtung finden. Um  
65 ihre Kulturangebote für die Zukunft zu sichern, brauchen die jetzt  
66 hochverschuldeten kreisfreien Städte in der Zukunft mehr Landesmittel für die  
67 Kulturförderung, unabhängig von den möglichen Veränderungen durch eine  
68 Kreisgebietsreform. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen daher die Entscheidung der  
69 Landesregierung für eine "Landesstiftung Branitz". Wir fordern die  
70 Landesregierung auf, bis zum Frühjahr 2016 dafür einen Fahrplan mit konkreten  
71 Terminsetzungen vorzulegen.

72 In den kleinen Gemeinden sieht die Situation noch ungünstiger für ein

73 kulturelles Leben sowie für Kulturschaffende aus. Neben einer soliden  
74 Finanzierung der kommunalen Haushalte ist es für uns eine der drängenden und  
75 spannenden Zukunftsfragen, ob Kulturförderung eine kommunale Pflichtaufgabe  
76 werden sollte.  
77 In den kleinen Gemeinden sieht die Situation für kulturelle Einrichtungen sowie  
78 für Kulturschaffende noch ungünstiger aus. Daher stellt sich die Frage, ob für  
79 die Kommunen nicht die Förderung der Kultur - ggf. mit Unterstützung des Landes  
80 - zu einer Pflichtaufgabe gemacht werden sollte. Diese sollte auch im Falle  
81 eines Haushaltssicherungskonzeptes gewährleistet sein.

82 Ganz unabhängig davon sind wir von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg  
83 begeistert und dankbar für das enorme Engagement von KünstlerInnen,  
84 Kulturinteressierten und vielen anderen in den Kommunen. Die Arbeit dieser  
85 ehrenamtlichen Netzwerke ist für Außenstehende nur zu erahnen.

86 Trotz klammer Kassen zeigt sich in vielen Orten, dass einiges erreicht werden  
87 kann, wenn das lokale Engagement unterstützt wird. Kunst-, Kultur-, Geschichts-  
88 und Heimatvereine brauchen unbürokratischen Zugang zu Ausstellungs- und  
89 Veranstaltungsräumen. Durch Einbindung von Projektideen in die lokalen  
90 Strukturen erreicht Kultur die ländlichen Räume. Im Rahmen von  
91 Tourismusförderung und dem Erhalt von Dörfern sind diese Formen der  
92 Kulturförderung keine bloßen Kostenposten, sondern sinnvoll eingesetzte Mittel  
93 mit lokaler Wirkung. Nicht zuletzt braucht es vielerorts eine bessere  
94 Anerkennungskultur, um das vielfältige ehrenamtliche Engagement wertzuschätzen.  
95 Ein aktives Kulturleben verbindet die Menschen mit ihren Dörfern!

#### 96 **Herausforderungen als Chance Begreifen - Kultur prägt Brandenburg**

97 Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen in Brandenburg Kulturschaffende auf allen  
98 Ebenen stärken und Kultur in der Fläche erlebbar halten. Dazu wollen wir  
99 folgende Schwerpunkte setzen und werden im kommenden Jahr unsere Konzepte  
100 detailliert vorlegen:

101 · Wir wollen "kulturelle Bildung" in ihrer umfassenden Breite in der Fläche  
102 verankern, so dass Kinder und Jugendliche an Kindertageseinrichtungen und  
103 Schulen mit der Vielfalt von Kultur - am besten aktiv - in Kontakt kommen.

104 · Das Wirken von kulturellen Einrichtungen der Zentren (v.a. Theater, Orchester,  
105 Museen, u.a.) in die Regionen wollen wir fördern, stärken und praktisch  
106 umsetzen.

107 · Wir verstehen Denkmale als historische Kulturleistungen und gesellschaftliches  
108 Gedächtnis, die Identität stiften. Diese wollen wir - von der kleinen Dorfkirche  
109 bis zu großen Parkanlagen, vom Monument bis zum Bodendenkmal - als „Denk-Male“  
110 zusammen mit anderen Orten der Erinnerung erhalten, zugänglich lassen und besser  
111 in das öffentliche Bewusstsein vermitteln.

112 · Kultur ist ein Wirtschaftsfaktor in Brandenburg, vom Tourismus, über  
113 Bauwirtschaft und Handwerk bis zum großen Bereich der Kreativwirtschaft. Hier

114 wollen wir mehr Querschnittsdenken und -handeln, mehr kooperatives Miteinander  
115 auch bei Verwaltungen und Bauaufsichten und wir sehen Handlungsbedarf beim  
116 Zugang und der Entbürokratisierung von Förderprogrammen.

117 · Brandenburg war schon immer ein Einwanderungsland und Brandenburg ist  
118 Grenzland. Entsprechend sind bei unserer Kulturarbeit sowohl die  
119 grenzüberschreitenden wie auch die multikulturellen Ansätze deutlicher in den  
120 Focus zu nehmen und entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

121 · Wir wollen Kultur als gemeinnütziges und multikulturelles Medium stärken.

# Antrag

**AntragsstellerIn:** LAG Landesplanung und Baukultur – Nachhaltiges Planen und Bauen, LAG Landesplanung und Baukultur – Nachhaltiges Planen und Bauen, LAG Landesplanung und Baukultur – Nachhaltiges Planen und Bauen

**Gegenstand:** Gute Baukultur vor Ort demokratisch umsetzen

## Antragstext

1  
2 -Wir wollen, dass Stadt- und Dorfentwicklung kompetent betrieben wird, in den  
3 Städten und Kreisen wie in den Ämtern und Dörfern. Das Land steht hier in der  
4 Pflicht, gute Planung und qualitätsvolle Ausführung nicht nur zuzulassen und mit  
5 Freiräumen zu ermöglichen, sondern die Städte und Gemeinden dabei aktiv zu  
6 beraten und zu unterstützen, fachlich, personell und finanziell. Die Gemeinde-  
7 und Stadtverwaltungen sind angehalten, den Einsatz von Wettbewerben,  
8 Gestaltungsbeiräten oder Gutachterverfahren mit der Planungshoheit der  
9 Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der  
10 Öffentlichkeitsbeteiligung zu verbinden. Wir fordern daher das Land auf, den  
11 regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden  
12 ausreichend Mittel für eine rechtssichere und qualitätsvolle Planung zur  
13 Verfügung zu stellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisoffene und am  
14 Planungsprozess teilhabende Öffentlichkeitsbeteiligung.

15 -Wir wollen die Möglichkeiten stärken, die stattfindenden Veränderungen unserer  
16 gebauten Umwelt durch Gestaltungsbeiräte positiv steuern. Denn Entwicklung und  
17 Fortschritt findet statt, bewusst und kompetent gestaltet oder gedankenlos und  
18 willkürlich. Um dies zu erkennen und aktiv gestalten zu können, bedarf es des  
19 fachlichen Wissens und der kommunikativen Fähigkeit kompetenter Fachleute, die  
20 ohne unmittelbares eigenes Interesse in der Kommunikation mit allen Beteiligten  
21 versuchen die jeweils bessere Lösung zu finden.

22 -Wir wollen zur breiteren Stärkung und Förderung der Baukultur und des  
23 Denkmalschutzes die kulturelle Bildung in alle Schulen und in die  
24 Erwachsenenbildung tragen. Ziel ist es das Bewusstsein für die Bedeutung der  
25 Baukultur für unsere Lebensqualität nicht nur punktuell an ausgewählten Schulen,  
26 sondern im ganzen Land zu stärken. Kulturelle Bildung, bildende und darstellende  
27 Künste und Musik müssen substanzielle Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen  
28 werden, ansonsten verarmt unser Land an Lebensqualität. (Beispielprojekt "Die

29 **Stadtentdecker", [www.schule.ak-brandenburg.de](http://www.schule.ak-brandenburg.de))**

30 Mit guter Planung werden die entscheidenden Voraussetzungen für eine nachhaltige  
31 Entwicklung Brandenburgs geschaffen und sie ist Bedingung für erfolgreiche  
32 Nachhaltigkeitsprüfungen. Der achtsame Umgang mit unseren Siedlungs- und  
33 Landschaftsräumen ist eine komplexe Planungsaufgabe, die einer intensiven  
34 gesellschaftlichen Abstimmung und Austarierung bedarf. Dazu bedarf es neuer  
35 Konzepte und Ansätze, die ohne ordnungspolitischen Verwaltungsaufwand, aber viel  
36 inhaltlicher Kompetenz, Praxisbezug und vor allem Partizipation dieses Thema  
37 angehen.

38 Ohne Baukultur wird Nachhaltigkeit, Beteiligung und Teilhabe nicht gelingen. Die  
39 Planung in unseren Städten und Dörfern sowie deren bauliche Umsetzung kann  
40 anspruchsvoll, effizient und nachhaltig oder kurzatmig und verschwenderisch  
41 geschehen. Gebautes hat eine nachhaltige Wirkung, positiv oder negativ, für  
42 viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte. Architektur beschränkt sich dabei  
43 nicht nur auf die äußere Erscheinung. Architektur schafft Räume, in denen  
44 Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten der Nutzer sich eröffnen, aber eben  
45 auch behindert werden können. Dabei müssen gute Lösungen nicht teurer sein als  
46 schlechte. Jahrhundertealte genutzte Bauwerke belegen die Wirtschaftlichkeit von  
47 nachhaltiger Baukultur. Die öffentliche Hand sollte ihrer baukulturellen  
48 Verpflichtung auch dadurch nachkommen, dass sie bei Vergaben für Vorbereitung,  
49 Planung und Bau von Infrastruktur und Gebäuden bei der Beurteilung der  
50 Wirtschaftlichkeit der baukulturellen Qualität die nötige Beachtung schenkt. Die  
51 Qualität der Baukultur ergibt sich aus der Verantwortung der gesamten  
52 Gesellschaft für ihre gebaute Umwelt. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für  
53 die Übernahme dieser Verantwortung ist eine ausreichende kulturelle Bildung der  
54 ganzen Gesellschaft.

55 Der Personalschwund in den Liegenschaftsverwaltungen, in den Bau- und  
56 Stadtentwicklungsämtern der Kommunen führen zu Kompetenzverlust und in der Folge  
57 zu einem schleichenden und flächendeckenden Qualitätsverlust unserer gebauten  
58 Umwelt. Verschärft wird dies durch den Rückzug der Stadtsanierungs- und  
59 Stadtentwicklungsgesellschaften aus den ländlichen Regionen Brandenburgs.  
60 Übergreifend angelegte Stadt- und Dorfentwicklungskonzepte, wie sie  
61 flächendeckend gefördert und angefertigt wurden sind inzwischen die Ausnahme.  
62 Inhaltlich warten diese Planungen zudem oft noch auf ihre Umsetzung. Dabei  
63 gewinnen die „weichen Standortfaktoren“ für die Städte und Gemeinden im  
64 Standortwettbewerb zunehmend an Bedeutung, denn ob ein Ort als schön und  
65 funktional, also als lebenswert empfunden wird, wird immer wichtiger für  
66 individuelle Lebensentscheidungen und spielt deshalb eine wichtige Rolle für die  
67 Zukunftsfähigkeit einer Kommune.

68 Den Kommunen sollte daher Kompetenz in Form von Gestaltungsbeiräten in Baufragen  
69 an die Seite gegeben werden. Die Architektenkammer stellt entsprechend  
70 qualifizierte Fachleute. In Baden-Württemberg sind die mobilen Gestaltungsbeiräte  
71 für die Kommunen schon ein grosser Gewinn. Und bundesweit haben sich  
72 Gestaltungsbeiräte in den letzten 10 Jahren in mittleren und größeren Städten  
73 als eine geeignete Organisationsform zur Einflussnahme auf die Qualität von  
74 Bauten im öffentlichen Raum etabliert.  
75 Als positives Brandenburger Beispiel ist die Stadt Potsdam zu benennen. Dort

76 wurde auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit tatkräftiger Unterstützung des  
77 grünen Baustadtrates Matthias Klipp im Jahr 2010 ein Gestaltungsrat installiert,  
78 der sehr erfolgreich arbeitet.  
79 Beurteilt werden sowohl private wie auch kommunale und andere öffentliche  
80 Planungs- und Bauaufgaben im Bestand wie im Neubau. Die Beiräte richten sich des  
81 Weiteren auch an die Bewohner selbst, vor allem an diejenigen, die einen Beitrag  
82 zur Erhaltung der prägenden baulichen Bestandteile leisten können und wollen.  
83 Sie möchten Identität vermitteln, Interesse wecken, sensibilisieren für die  
84 Schönheit und das Wesen der gebauten Umwelt in der Kulturlandschaft  
85 Brandenburgs. Baukulturbeiräte bieten Beratung und Begleitung in Fragen der  
86 Stadtentwicklung und der Gestaltung der Landschaft wie der Grünflächen.  
87 Gestaltungsbeiräte fördern dabei den Wettbewerb und sie entwickeln Stolz und  
88 Bewusstsein für das eigene Erbe. Sie fordern zu Diskussionen zwischen Bürgern  
89 und Fachleuten heraus, vermitteln Interesse und Verständnis für die Werte und  
90 die Qualität der baulichen Umgebung und ihrer Wirkung auf die eigene  
91 Lebensqualität. Die Beiräte erzielen dabei einen echten Mehrwert: Sie lassen  
92 sich auch für die Vermarktung von Immobilien und touristischen Angeboten nutzen.  
93 Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Stabilisierung der Dörfer und  
94 ländlichen Kleinstädte nicht allein von innen heraus erfolgen kann, sondern auch  
95 Impulse von außen braucht. Gestaltungsbeiräte überwinden eingefahrene  
96 Strukturen, sie sind unabhängig von Legislaturperioden, von persönlichen  
97 Befindlichkeiten, von langfristigen Beraterverträgen und kommerziellem  
98 Eigeninteresse. Sie können sachorientiert und kompetent arbeiten. Die Kosten  
99 liegen je nach Grösse des Bauvorhabens und des notwendigen Umfangs der  
100 Begutachtung bei rund 0,5 bis 1,5% der Gesamtbaukosten (KG200-700 nach DIN276)

101 Viele Beteiligte sind beim Planen und Bauen am Werk: Bauherren und -damen,  
102 Architekten und Ingenieure, Nachbarn und betroffene Bürger, Fördermittelgeber  
103 und Genehmigungsbehörden müssen miteinander in Einklang gebracht werden und  
104 Sachzwänge gibt es meist nicht wenige. Mal fehlt es an Geld, mal an Wissen über  
105 den Wert des Vorhandenen oder die Kompetenz zur ansprechenden Gestaltung des  
106 Neuen. Und oft sind es die immer schlankeren Planungs- und  
107 Genehmigungsverfahren, die eine sorgfältige Abstimmung städtebaulicher und  
108 gestalterischer Fragen nicht mehr verlangen, sondern auf die jeweilige Kompetenz  
109 aller Beteiligten setzen. Was im Ergebnis entsteht, kann leider nicht immer  
110 überzeugen. Schuldzuweisungen sind die Folge, obwohl alle Beteiligten guten  
111 Willen waren. Je kleiner der Ort, desto schwieriger scheint die Abstimmung, das  
112 Bauordnungsamt ist weit weg, und die Gemeinde, die das Einvernehmen erteilen  
113 muss, hat meist wenig Handlungsspielraum oder kann ihn nicht nutzen. Bauen mag  
114 hier zwar unbürokratisch funktionieren, bei vielen Projekten ist aber eine  
115 umfangreiche Abstimmung zwischen Bauherr, Gemeinde, Genehmigungsbehörde und  
116 Öffentlichkeit sinnvoll und zum richtigen Verfahrenszeitpunkt auch geboten.

117 Wo diese nicht geleistet werden kann, können Gestaltungsbeiräte die Abstimmung  
118 eines Projekts fachlich qualifiziert begleiten, so etwas wie eine "Zweitmeinung"  
119 zum Vorhaben formulieren und die gewählten Abgeordneten beraten. Damit ergeben  
120 sich oft neue Perspektiven und Denkblockaden werden aufgehoben. Das Vorhaben  
121 erhält neue Impulse. Dies alles führt in der Summe zu mehr Baukultur.

## Begründung

1. Auf dem Landesparteirat im Frühjahr (LPR 2015) haben wir im Beschluss „Eine Landesentwicklung für ganz Brandenburg, nachhaltig Planen und Bauen“ unter anderem drei zentrale Forderungen für eine bessere Baukultur in Brandenburg verabschiedet:

- Wir wollen eine Planungskultur, die die Flächeninanspruchnahme endlich minimiert, die Innenentwicklung wirklich fördert und Nachhaltigkeit dadurch umsetzt.
- Wir wollen eine Baukultur beim Planen und Bauen, die tatsächlich zu mehr Nachhaltigkeit und Lebensqualität führt.
- Wir wollen ein Baurecht, das eine effektive Bauüberwachung sichert und somit gesetzliche Vorgaben wie die EnergieEinsparverordnung (EnEV) oder Gestaltungssatzungen Wirklichkeit werden lässt.“

Um dies in den ländlichen Räumen umzusetzen brauchen wir neue Instrumente, die mit wenig administrativem Aufwand das Planen und Bauen dorthin führt. Gute Baukultur vor Ort tatsächlich praktisch umzusetzen ist das Ziel von Gestaltungsbeiräten.

2. Wir beschließen Nachhaltigkeitsprüfungen für alle planerischen Entscheidungen (LPR 2015). Kernstück dieser Prüfung muss die Ermittlung von Lebenszykluskosten und die Berücksichtigung der erforderlichen Infrastruktur einschließlich externer Standortkosten sein. Diese Kosten beinhalten nicht nur die Herstellung, die Instandhaltung und den Betrieb des Bauwerks, also der Straße, der Brücke oder des Gebäudes, sondern auch deren Beseitigung. Das ist nur mit kompetenterer Planung umzusetzen, Gestaltungsbeiräte unterstützen dies.

3. Baukultur beschreibt die Qualität des Umgangs der Gesellschaft mit der Herstellung, Erhaltung und Veränderung von gebauter Umwelt sowie ihrer Planungsvorbereitung und Nutzung. Die gebaute Umwelt beeinflusst jeden einzelnen Menschen, unsere sozialen Beziehungen, unser Wohlbefinden und unseren Zugang zu Natur und Gesellschaft. Nicht umsonst beklagen viele soziologische Studien die Vereinsamung und Verrohung von Menschen in anonymen Hochhaussiedlungen gegenüber einer gewachsenen Nachbarschaft in traditionellen Dörfern und Kleinstädten. Es geht um baukulturelle Sünden, die schlicht aus dem einfachsten und billigsten Vorgehen resultieren. Dabei bleibt uns schlechte wie gute Baukultur Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte erhalten. Was gibt es angesichts derartiger Dauerhaftigkeit nachhaltigeres als qualitätsvolle Bauten. Schlechte Musik verklingt, schlechte Bauten beleidigen Ihre Umgebung dauerhaft. Baukultur ist sichtbar und ablesbar und Teil unserer Identität. Nachhaltigkeit ist ohne Baukultur nicht denkbar. Gestaltungsbeiräte sind ein wichtiger Teil der Baukultur. (Siehe Sommerkonferenz 2015)

4. Gleichzeitig ist der Wettbewerb der Regionen im vollen Gange. Wenn junge Menschen - vorzugsweise Frauen - heute Brandenburg verlassen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie nicht zurückkommen. Die Auswirkungen der Abwanderung und des Kompetenzverlustes für die Kommunen in den ländlichen Regionen Brandenburgs sind fatal. Durch die Verringerung der Städtebauförderung besteht die Gefahr, dass dort die positiven

Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht fortgeführt werden können.

5. Für die Gestaltungsbeiräte bietet sich folgende regionale Gliederung an:

Region Nordost, bestehend aus den Landkreisen Oder-Spree, Märkisch-Oderland, Barnim und Uckermark

Region Nordwest, bestehend aus den Landkreisen Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz

Region West, bestehend aus den Landkreisen Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming

Region Süd, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald Lausitz und Spree-Neiße

Die kreisfreien Städte sollten nach Möglichkeit über eigene Gestaltungsbeiräte verfügen.

6. Die Kosten und der organisatorische Aufwand für Gestaltungsbeiräte sind untergeordnet. Andere Kostenfaktoren sind beim Planen und Bauen wesentlich entscheidender. Gestaltungsbeiräte tragen auch zur Kostenehrlichkeit bei, dem anerkannt grössten Problem öffentlicher Bauherren.



V4neu

# Antrag

**AntragsstellerIn:** KV Prignitz

**Gegenstand:** Mindestabstand von Windkraftanlagen

## 1 Antragstext

2 **Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:**

3 Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag wird gebeten zu  
4 prüfen, mit welcher landesweit geltenden Regelung so schnell wie möglich zu  
5 sichern ist, dass künftige Windenergieanlagen in Brandenburg einen  
6 Mindestabstand von 6 H, d. h. des 6-fachen ihrer Höhe (Nabenhöhe plus halber  
7 Rotordurchmesser), mindestens aber von 1.000 m einzuhalten haben.

# Antrag

**AntragsstellerIn:** KV Dahme-Spreewald, KV Dahme-Spreewald, KV Dahme-Spreewald

**Gegenstand:** **BER: Anwohner und Klima schützen-  
Dauersubvention vermeiden**

## 1 Antragstext

2 Während die Baustelle des BER wieder einmal im Dauerchaos versinkt und ihren Ruf  
3 als die größte Steuergeld-Vernichtungsmaschine Brandenburgs festigt, plant die  
4 Landesregierung bereits jetzt den massiven Ausbau. Der Aufsichtsrat der  
5 Flughafengesellschaft hat den Bau zweier weiterer Terminals für den BER und die  
6 Aufnahme weiterer Kredite beschlossen. In den nächsten 20 Jahren soll Schönefeld  
7 schrittweise zu einem Mega-Airport für 50 Millionen Passagiere pro Jahr  
8 ausgebaut werden.

9 Diese Luftverkehrs-Politik der rot-roten Landesregierung wird von einem  
10 falschen, unreflektierten Wachstumsdenken getrieben, das seine geistigen Wurzeln  
11 in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat. Dagegen will  
12 Bündnis 90 / Die Grünen Brandenburg ein modernes Mobilitätskonzept, dass den  
13 Anforderungen des 21. Jahrhunderts, dem Zeitalter der Dekarbonisierung  
14 entspricht.

15 Brandenburg braucht nicht so viel Flugverkehr wie möglich, sondern so viel wie  
16 nötig. Dazu  
17 ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, die wirtschaftlich sind, die Anwohner  
18 entlasten und das Klima schützen:

19 **Die Beschränkung auf zwei Start- und Landebahnen muss gesetzlich verankert**  
20 **werden. Bündnis 90 /Die Grünen Brandenburg unterstützt deshalb das Volksbegehren**  
21 **gegen die 3. Start- und Landebahn am BER. Die Kapazität darf am BER nicht höher**  
22 **sein, als die 30 Millionen Passagiere, die dem Planfeststellungsbeschluss zu**  
23 **Grunde gelegt wurden.**

24 **Die Landesregierung muss die Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Bahn**  
25 **aktiv moderieren und zusammen mit der Flughafengesellschaft, den Airlines und**  
26 **der Bahn einen Stufenplan zur Verlagerung der Kurzstreckenflüge entwickeln.**

27 Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für das Ende der Subventionierung  
28 des Luftverkehrs einsetzen.

29 Die Entgeltordnung für den BER muss so gestaltet werden, dass die gesamten  
30 Kosten des Flughafens von seinen Nutzern getragen werden.

31 Die Flughafengesellschaft muss ein Geschäftsmodell entwickeln und verfolgen, das  
32 den rechtlichen Vorgaben des Landesentwicklungsplanes entspricht und allein auf  
33 den regionalen Bedarf von Brandenburg und Berlin ausgerichtet ist.

34 Die Verantwortung für die Umsetzung des baulichen Lärmschutzes soll von der  
35 Flughafengesellschaft auf eine unabhängige Einrichtung übertragen werden.

36 Im Rahmen der nationalen Ordnung des Luftverkehrs muss auch für Ostdeutschland  
37 eine umfassende Lösung erarbeitet werden.

38 **1. Gesetzliche Beschränkung des BER auf zwei Landebahnen und 360.000**  
39 **Flugbewegungen im Jahr.**

40 Der BER liegt im südlichen Berliner Speckgürtel, einem dicht besiedelten Gebiet,  
41 das Bestandteil einer der größten Ballungsräume Deutschlands ist. Der Flughafen  
42 wird dort gebaut, wo Brandenburg am dichtesten bewohnt ist und wo ein starker  
43 Bevölkerungszuwachs stattfindet. Das der Standort Schönefeld falsch gewählt  
44 wurde, ist unbestritten. Bereits die Inbetriebnahme des BER wird durch die  
45 gravierende Zunahme an Flugbewegungen und die massive Verlärmung auch bislang  
46 ruhiger Gebiete für viele Menschen eine Belastung jenseits des Zumutbaren  
47 bedeuten. Jetzt plant die Flughafengesellschaft zwei weitere Terminalgebäude und  
48 einen Ausbau des BER auf eine Kapazität von 40 Millionen Passagieren pro Jahr  
49 und gibt den Bedarf einer Kapazität von 50 Millionen Passagieren für das Jahr  
50 2035 an. Damit wäre der BER deutlich größer, als der Großflughafen München jetzt  
51 ist.

52 Der Abwägung des Planfeststellungsbeschlusses wurde dagegen eine Kapazität von  
53 360.000 Flugbewegungen im Jahr und 30 Millionen Passagieren pro Jahr zu Grunde  
54 gelegt. Da schon die ursprünglich geplante Größe des BER sich nicht mit dem  
55 Standort verträgt, darf ein weiterer Ausbau aus Sicht von Bündnis 90 / Die  
56 Grünen auf keinen Fall erfolgen.

57 Für die prognostizierten 50 Millionen Passagiere würde die Kapazität zweier  
58 Start- und Landebahnen nicht ausreichen, auch wenn von der Flughafengesellschaft  
59 und der Landesregierung Anderes behauptet wird. Beispielsweise wurde die 3. Bahn  
60 des Großflughafens München bereits bei deutlich weniger als 40 Millionen  
61 Passagieren geplant und genehmigt.

62 Für das Planfeststellungsverfahren und die Genehmigung einer 3. Start- und  
63 Landebahn wäre in Brandenburg derzeit keine Zustimmung des Parlaments  
64 erforderlich. Dies ist ein weiteres Argument für eine gesetzliche Regelung, wie  
65 sie im Volksbegehren gefordert wird.

66 **2. Kurzstreckenflüge auf die Bahn verlagern.**

67 Das Flugzeug ist das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Im innerdeutschen  
68 Flugverkehr werden pro Personenkilometer beim Fliegen ca. 20mal mehr  
69 klimaschädliches CO2 freigesetzt als beim Bahnfahren.  
70 Viele Ziele der Kurzstreckenflüge sind mit der Bahn innerhalb von 4 Stunden gut  
71 erreichbar. In der Gesamtreisezeit von City zu City ist die Bahn dem Flugzeug  
72 dabei ebenbürtig. Derzeit entfallen mindestens 60 000 Flüge pro Jahr vom und zum  
73 BER auf solchen Kurzstrecken. Eine Verlagerung dieser Flüge auf die Bahn  
74 verringert den Bedarf an Luftverkehrskapazität am BER deutlich. Außerdem dient  
75 diese Maßnahme den globalen Klimaschutzzielen und bedeutet weniger Lärm für die  
76 BER-Anwohner.

77 Auch laut Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung soll der Anteil  
78 des Kurzstreckenluftverkehrs zugunsten des Eisenbahnfernverkehrs stark  
79 verringert werden. Leider ist nicht erkennbar, dass die rot-rote Landesregierung  
80 dieses sinnvolle Ziel des Landesentwicklungsplanes umsetzt. Das muss sich  
81 ändern.

82 **3. Klimaschutz ernst nehmen.**

83 Die stetige Zunahme des Luftverkehrs ist im Wesentlichen auf staatlich  
84 geförderte Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführen. Allein in Deutschland werden  
85 die Airlines durch den Verzicht auf Kerosinsteuer und Mehrwertsteuer bei  
86 internationalen Flügen mit 10 Milliarden Euro im Jahr subventioniert. Diese  
87 Subventionen sind ungerecht gegenüber den anderen Verkehrsträgern, die Mineral-,  
88 Mehrwert- und Ökosteuern zahlen müssen. Die einseitigen Befreiungen müssen daher  
89 beendet werden. Außerdem muss der Luftverkehr effektiv und wirksam in den  
90 Emissionshandel einbezogen werden. Diese Maßnahmen müssen auf nationaler und  
91 europäischer Ebene erfolgen.

92 **4. Kostendeckende Gebühren**

93 Die Subventionierung des klimaschädlichsten Verkehrsmittels und der dazu nötigen  
94 Einrichtungen ist mit einem modernen Mobilitätskonzept nicht vereinbar.  
95 Künstlich niedrige Preise schaffen falsche Anreize, die dem Klimaschutz  
96 widersprechen. Subventionen für den BER widersprechen außerdem den  
97 Wettbewerbsleitlinien der EU und belasten die Steuerzahler, die ja Eigentümer  
98 des Flughafens sind.

99 **5. BER darf kein Drehkreuz werden**

100 Die Funktion eines großen internationalen Luftdrehkreuzes ist mit dem Standort  
101 Schönefeld nicht vereinbar. Diese Aussage findet sich sowohl im  
102 Landesentwicklungsplan, im Planfeststellungsbeschluss, als auch im Urteil des  
103 Bundesverwaltungsgerichts. Diese gesetzlichen Grundlagen wurden von der  
104 brandenburgischen Landesregierung ignoriert. Hier muß es auf eine Rückbesinnung  
105 zu den geltenden Vorgaben geben.

106 **6. Luftverkehrskonzept für Ostdeutschland.**

107 Die Luftverkehrspolitik ist in Deutschland Angelegenheit der Bundesländer, die  
108 sich vor allem als Konkurrenten sehen und gegensätzliche Interessen verfolgen.  
109 Diese Konkurrenzsituation war eine wesentliche Ursache für den Bau des BER am  
110 falschen Standort.

111 Hier ist ein Umdenken zu einer geordneten Politik notwendig, welche den  
112 Luftverkehr auf nationaler Ebene regelt und Synergien fördert. Dabei muss in  
113 besonderem Maße auf die Menschen und den Klima- und Umweltschutz Rücksicht  
114 genommen werden. Im Rahmen eines solchen, noch zu schaffenden nationalen  
115 Luftverkehrskonzeptes muss auch für Ostdeutschland eine mittel- und langfristige  
116 Perspektive entwickelt werden.

#### 117 **7. Lärmschutz endlich umsetzen**

118 Während die Wachstumspläne der Flughafengesellschaft immer weiter wachsen, geht  
119 es beim Lärmschutz nur im Schnecken tempo voran. Das bisherige Vorgehen zeigt,  
120 dass der bauliche Schallschutz unter der Leitung der Flughafengesellschaft bis  
121 zur voraussichtlichen Eröffnung nicht fertig sein wird.  
122 Die Umsetzung des baulichen Schallschutzes gemäß Planfeststellungsbeschluss muss  
123 deshalb von einer unabhängigen Stelle geleitet werden, wie es im Fluglärmschutzgesetz  
124 beschrieben ist.

125 Auch außerhalb der ausgewiesenen Schutzgebiete muss der bauliche Schallschutz  
126 der zur Einhaltung der Schallschutzziele erforderlich ist vor Inbetriebnahme, auf  
127 unbürokratische Weise erstattet werden.  
128 Im Flughafenumfeld findet immer noch ein starkes Bevölkerungswachstum statt und  
129 der Bedarf an sozialer Infrastruktur steigt. Die betroffenen Kommunen sehen sich  
130 vielfach gezwungen, diese Einrichtungen in den besonders stark verlärmten  
131 Bereichen zu bauen oder zu erweitern.

132 Innerhalb der Fluglärmzone darf es nur dann Ausnahmegenehmigungen für den Bau  
133 von schützenswerten Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Altenheimen  
134 geben, wenn der Flugbetrieb beschränkt wird und Rücksicht auf die sensiblen  
135 Einrichtungen genommen wird.

136 In einer Bundesratsinitiative muss sich Brandenburg außerdem für eine  
137 Verbesserung der Rechte der Flughafenwohner einsetzen.  
138 Dazu gehören:  
139 - Die Einführung von Lärmobergrenzen für Flughäfen, die jährlich schrittweise  
140 abgesenkt werden.  
141 - Die Erstellung eines effektiven und verbindlichen Lärminderungskonzeptes  
142 unter Beteiligung der Fluglärmkommission. Eine Anpassung der Regelungen im  
143 Luftverkehrsgesetz an die EU-rechtlichen Vorgaben der Lärminderungsplanung.  
144 - Berücksichtigung der neuesten medizinischen Erkenntnisse bei der Festlegung  
145 von Flugrouten.  
146 - Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beteiligung der Öffentlichkeit bei  
147 der Festlegung von Flugrouten.  
148 - Die Stärkung der Rolle des Umweltbundesamtes bei der Festlegung von neuen  
149 Flugrouten. (Einvernehmen statt Benehmen).  
150 - Die Abwägungskriterien bei der Festlegung von Flugrouten benennen und dem  
151 Lärmschutz nach der Sicherheit den höchsten Stellenwert geben.  
152 - Die Einzelfreigaben begrenzen. Keine regelhaften Ausnahmen, die zu faktischen,  
153 aber nicht lärmüberprüften Flugrouten führen.  
154 - Den Anspruch auf Bezahlung des passiven Schallschutzes vor Inbetriebnahme der  
155 Flugrouten

# Antrag

**AntragsstellerIn:** Sascha Maier

**Gegenstand:** **Wenn nicht jetzt, wann dann? - Ausweitung der Sportförderung für den Gesundheits- und Breitensport nutzen!**

---

## 1 Antragstext

2 Die rot-rote Landesregierung will zur Stärkung des Breiten-, Behinderten- und  
3 Leistungssports die Sportförderung ab 2017 auf 17 Millionen Euro pro Jahr  
4 erhöhen („Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg  
5 für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages“, Seite 13). Artikel 35 der  
6 Verfassung des Landes Brandenburg unterscheidet unter Auslassung der nicht klar  
7 abgrenzbaren Kategorie „Leistungssport“ allein zwischen Breiten- und  
8 Spitzensport.

9 Von den insgesamt 2.925 Sportvereinen weisen nur ca. 30 Vereine dem Spitzensport  
10 zuzuordnende A- bis C-Kader auf. Selbst die Mitglieder dieser 30 Sportvereine  
11 sind in ihrer übergroßen Mehrzahl Breitensportlerinnen und -sportler. Da nicht  
12 alle Vereine meldepflichtig sind und auch viele Bürgerinnen und Bürger  
13 Brandenburgs außerhalb von Vereinsstrukturen Sport treiben, ist von einer noch  
14 höheren Anzahl der Breitensportlerinnen und -sportler auszugehen.

15 Im Bereich des Gesundheitssports bieten von 2.925 Vereinen nur 104 Vereine  
16 zertifizierte Präventionssport- bzw. Rehabilitationssportangebote an. Es fehlen  
17 entsprechend ausgestattete Förderprogramme. Derzeit werden maximal  
18 Übungsleiterinnen und Übungsleiter ausgebildet.

19 In diesem Zusammenhang ist auf die Thematik der Landessportkonferenzen von 2013  
20 und 2014 hinzuweisen, in deren Ergebnis dem Landessportbund Brandenburg (LSB)  
21 empfohlen wird, verstärkt darauf hinzuwirken, dass deutlich mehr Sportvereine  
22 gesundheitsbezogene Bewegungsangebote unterbreiten. Zudem soll im Rahmen der  
23 fortzuschreibenden „Seniorenpolitischen Leitlinien“ ein Programm „Sport im  
24 Alter“ in Kooperation mit dem LSB Brandenburg entwickelt werden. Doch auch bei  
25 den Jüngsten besteht Handlungsbedarf. So nutzen beispielsweise in Mecklenburg-  
26 Vorpommern 50% mehr Kinder die Vereinssportangebote als in Brandenburg. In  
27 unserem Bundesland bestehen bei Kindern (0-6 Jahre), Mädchen/Frauen und Älteren

28 (über 60 Jahre) die größten Beteiligungsdefizite und somit gleichzeitig die  
29 größten Mobilisierungspotentiale.

30 Gemäß dem Strategiepapier „Sportland 2020 - gemeinsam Perspektiven entwickeln“  
31 verpflichtet sich der LSB Brandenburg, in allen Altersklassen bei der  
32 Mitgliederanzahl auf das Durchschnittsniveau der neuen Bundesländer zu kommen.  
33 Hintergrund ist die dem LSB Brandenburg von dem Deutschen Olympischen Sportbund  
34 (DOSB) und der Enquete-Kommission („Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung  
35 von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen  
36 Rechtsstaat im Land Brandenburg“) attestierte Schlusslichtposition unter allen  
37 16 Bundesländern mit Bezug auf die Beteiligung am Vereinssport. Die Beteiligung  
38 liegt im Bundesdurchschnitt bei 34 %, hingegen in Brandenburg nur bei 12,7 %.  
39 Bei der bisherigen Prioritätensetzung für den Mitteleinsatz durch den LSB  
40 Brandenburg wird dieses Ziel nicht erreichbar sein. Die Prioritätensetzung ist  
41 daher so zu verändern, dass das laut Landesverfassung (Artikel 35) „ausgewogene  
42 Verhältnis von Breiten- und Spitzensport“ auch tatsächlich hergestellt wird.

43 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die Landesregierung daher auf, sich bei  
44 der angestrebten Ausweitung der Sportförderung in Brandenburg für die bewusste  
45 Förderung des Gesundheits- und Breitensports einzusetzen. Die Landtagsfraktion  
46 von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg wird diesen Prozess kritisch begleiten  
47 (vgl. *Landtagswahlprogramm 2014*, Seite 137 ff.). Hierzu ist insbesondere darauf  
48 hinzuwirken, dass zum einen die Autonomie des Sports berücksichtigt, aber auch  
49 durch Setzung von Rahmenbedingungen durch das Land die Grundverantwortung  
50 eingefordert wird. Da bisher sehr stark der Spitzensport vom Land Brandenburg  
51 gefördert wurde, muss sich die Erhöhung im Sporthaushalt auf die Förderung des  
52 Breiten- und Gesundheitssports sowie der Förderung bisher unterrepräsentierter  
53 Zielgruppen auswirken.

54 Es soll deshalb von der Landtagsfraktion auch die Herstellung der Transparenz  
55 bei der weiteren Mittelverteilung i.H.v. 1 Million Euro in der Sportförderung  
56 gegenüber dem Landtag beantragt werden. Durch eine zweckgebundene Förderung  
57 des Breiten- und Gesundheitssports sollen die Vereine direkt mit einbezogen  
58 werden.

## **Begründung**

Nach Artikel 35 der Landesverfassung ist die Sportförderung des Landes, der  
Gemeinden und Gemeindeverbände auf ein ausgewogenes und bedarfsgerechtes  
Verhältnis von Breitensport und Spitzensport gerichtet. Sie soll die  
besonderen Bedürfnisse von Schülern, Studenten, Senioren und Menschen mit  
Behinderungen berücksichtigen.

Das Land Brandenburg zeigt großes Engagement beim Spitzensport. Im Bereich  
des Breitensports ist Brandenburg allerdings deutlich schlechter  
aufgestellt. Ein Bewertungskriterium bei der Mitgliederentwicklung im  
Sportverein ist der Organisationsgrad, also die Mitgliedschaft in einem  
Sportverein.

Der Organisationsgrad liegt in den ostdeutschen Ländern nur zwischen 12,7 bis 16,6 Prozent, wobei laut Enquete-Kommission Brandenburg das Schlusslicht aller Bundesländer bildet. Die größten Beteiligungsdefizite und damit gleichzeitig die größten Mobilisierungspotentiale bestehen in Brandenburg bei Kindern (0-6 Jahre), Mädchen/Frauen und Älteren (über 60 Jahre). Die bisherige Förderung erfolgte über den LSB Brandenburg, war aber bisher nicht zielführend. Es ist offenkundig, dass bei der Sportförderung kein ausgewogenes und bedarfsgerechtes Verhältnis besteht.



H1

# Finanzantrag

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Landesvorstand

**Gegenstand:** Haushalt 2016 und Mittelfristige Finanzplanung

## 1 Antragstext

2 Der Haushaltsantrag ist hier abrufbar: <http://gruenlink.de/11gy>

## Begründung

Jahresabschluss: <http://gruenlink.de/11gz>

# Satzung

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand

**Gegenstand:** Neufestlegung des Anteils des Landesverbandes an den Mitgliedsbeiträgen

## 1 Antragstext

2 1) Der Beitragsanteil des Landesverbandes (LV) wird an das aktuelle  
3 Beitragsniveau angepasst. Statt eines festen Betrags soll sich der LV-Anteil ab  
4 dem 01.01.2016 flexibel an der Beitragsentwicklung orientieren. Er soll 9% vom  
5 durchschnittlichen landesweiten Mitgliedsbeitrag betragen.

6 In der Finanzordnung wird der erste Satz des §3 (3) folgendermaßen geändert:  
7 "Für jedes Mitglied eines Kreisverbandes sind pro Monat neun Prozent des  
8 landesweiten Durchschnittsbeitrages [...] an den Landesverband abzuführen."

9 2) Die Berechnung dieses Durchschnittsbeitrags erfolgt aus den Gesamtzahlen des  
10 letzten geprüften Jahresabschlusses in folgender Weise:  
11 Gesamtsumme aller Mitgliedsbeiträge geteilt durch Gesamt-Mitgliederzahl zum  
12 31.12. des geprüften Jahres  
13 geteilt durch 12 Monate Der so errechnete Durchschnittsbeitrag wird auf volle  
14 Cent gerundet.

15 3) Die Meldung dieses Wertes erfolgt durch den LV an die Kreisverbände, sobald  
16 alle geprüften Jahresabschlüsse der Kreisverbände vorliegen (in der Regel im  
17 August). Er gilt dann für das der Meldung folgende Jahr. Nach diesem Verfahren  
18 wird der Beitragsanteil des Landesverbandes in Höhe von 9% jährlich neu  
19 berechnet und den Kreisverbänden mitgeteilt.

20 4) Für 2014 liegt dieser Durchschnittsbeitrag im Landesverband bei 12,51 Euro  
21 pro Mitglied im Monat. Davon 9% ergeben als Beitragsanteil für den Landesverband  
22 in 2016 den Betrag von 1,13 Euro.

23 5) Der Landesfinanzrat evaluiert jährlich die Entwicklung der Höhe der  
24 Mitgliedsbeiträge und des LV-Beitragsanteils in seinen Auswirkungen auf die  
25 Finanzen der Kreisverbände und des Landesverbandes. Er wird nötigenfalls der LDK  
26 eine Änderung des Verfahrens vorschlagen.

## **Begründung**

Bisher zieht der Landesverband einen Festbetrag von 1€ pro Monat und Mitglied von den Kreisverbänden ein. Der Wechsel auf einen festgelegten Anteil vom Durchschnittsbeitrag vermeidet alle paar Jahre neu über die Festsetzung eines Festbetrages diskutieren zu müssen. Zu 2016 gibt es einen kleinen Sprung, in der Zukunft sind die Anpassungen moderater: Steigt/fällt der Durchschnittsbeitrag um 11cent, steigt/fällt die Abführung an den Landesverband um 1cent.

Der Festbetrag wurde seit 2001 nicht mehr geändert. 2001 entsprach er einem Beitragsanteil für den LV von 9,4%. In den letzten 10 Jahren sank dieser Anteil relativ konstant auf zuletzt 8% ab. Währenddessen stiegen sowohl die Mitgliedsbeiträge, als natürlich auch die Gehälter in der Landesgeschäftsstelle. Die Tarifsteigerungen 2016 werden im Übrigen durch die o.g. Anpassung nicht mal vollständig kompensiert.

Da der konkrete Abführungsbetrag vom landesweiten Durchschnittsbeitrags errechnet wird und der Großteil der Beiträge weiterhin bei den Kreisverbänden verbleibt besteht weiterhin der Anreiz für die Kreisverbände für eine hohe Beitragsmoral in ihren Kreisverbänden zu sorgen.

Mitgliederschwache Kreisverbände verfügen im Vergleich zu mitgliederstarken über relativ hohe Mitgliedsbeiträge. Da weiterhin ein landesweiter einheitlicher Abführungsbetrag errechnet wird, werden diese durch die neue Regelung nicht benachteiligt.

Der Landesfinanzrat hat am 08.10. ein positives Votum zu diesem Vorschlag abgegeben.

# Satzung

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Landesvorstand

**Gegenstand:** Redaktionelle Klarstellung § 3 Satzung

## 1 Antragstext

2 §3 (2) der Satzung wird folgendermaßen geändert:

3 "Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze und Ziele von BÜNDNIS 90/DIE  
4 GRÜNEN zu unterstützen und die festgesetzten Beiträge rechtzeitig zu entrichten.  
5 Das Nähere regelt die Finanzordnung."

6 § 3 (1) der Finanzordnung durch einen letzten Satz zu ergänzen [und den  
7 Rückverweis auf die Satzung hier streichen]:

8 "Jedes Mitglied hat die Pflicht, einen Beitrag, der mindestens 1% des  
9 Nettoeinkommens beträgt, rechtzeitig zu bezahlen. Der Mitgliedsbeitrag ist eine  
10 Bringeschuld, die keiner  
11 gesonderten Rechnungsstellung bedarf. Beitragsermäßigung oder -befreiung  
12 beschließt der Vorstand des zuständigen Kreisverbandes. Näheres regelt die  
13 Beitrags- und Kassenordnung des Bundesverbandes."

## Begründung

Begründung:

Bisher verweist die Satzung für das Nähere auf eine Beitrags- und Kassenordnung. Diese gibt es lediglich auf Bundesebene. Zuzüglich verweist die Finanzordnung auf eine Art und Weise zurück in die Satzung, die vermuten lässt, dass dort die Beitragsermäßigung bzw. -befreiung geregelt wäre. Das alles zusammen hat in der Vergangenheit zu wiederholter Verwirrung gesorgt. Die neuen Formulierungen führen LeserInnen kaskadenförmig vom Allgemeinen zum Speziellen. Zuerst wird die allgemeine Beitragspflicht in der Satzung aufgeführt und für Details auf die Finanzordnung verwiesen. In der Finanzordnung wird diese Beitragspflicht

detaillierter aufgeführt und für alles was dann noch offen bleibt wird auf die Beitrags- und Kassenordnung des Bundesverbandes verwiesen.